

Volksrecht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugspreis: Die „Volksrecht“ erscheint wöchentlich 6 mal und in Buchhandlung der „Volksrecht“, Neue Graupenstr. Nr. 5, durch die Zweigstelle, Zigarrenfabrik Kettele, Matthiasstr. 140, sowie durch alle Buchhändler zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 600 Goldmarc, monatlich 1.70 Goldmarc. Durch die Post frei ins Haus 2.00 Goldmarc.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsgesellschaft und Druckerei in Breslau 2
Jahrespreis: 18 Mark. Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 2441.
Postfach-Konto: Postfach-Nr. Breslau Nr. 5832.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 70 Pf. Stellenangebote 10 Pf., Familienangelegenheiten, Stellenangelegenheiten, Vereinsangelegenheiten und Wohnungsangelegenheiten 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Graupenstr. 4/5 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Woran die Koalition scheiterte.

Die Berliner Funktionäre gegen neue Koalitionsversuche.

Eine Rede unseres Parteivorstehenden.

Vor Partei- und Gewerkschaftsfunktionären Groß-Berlins sprach am Montagabend der Parteivorstehende Genosse Hermann Müller über die innenpolitische Lage und die Regierungsbildung. Er erklärte noch einmal, daß wir Sozialdemokraten die Locarno-Verträge bedingungslos annehmen müßten, nachdem die ausländischen Parteien zugestimmt hätten. Genosse Müller ging dann auf die durch das Verhalten der Deutschnationalen bei der Abstimmung über Locarno bedingte Regierungsbildung ein. Er erwähnte, daß unter den für die Bildung einer großen Koalition in Frage kommenden Parteien schon über die Kürzenabfindung keine Einigung erzielt werden konnte, da das Zentrum nicht mitmachte. Die Regierungsbildung scheiterte aber auch an den sozialpolitischen Forderungen. Zur Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Nichtkündentag mußte noch auch Englands Ratifizierung haben. Strittig bleibt ferner die Frage der partiellistischen Befehlung der Industrie, Landwirtschafts- und Handelstammern. Auch über die Ausgestaltung der Erwerbslosenfürsorge kam keine Einigung mit den bürgerlichen Parteien zustande. Die von der Sozialdemokratie geforderte Offenlegung der Steuerlisten fand starken Widerspruch.

Hermann Müller erörterte dann die Frage, was nun nach dem Scheitern der großen Koalition geschehen ist. Er erklärte, daß die Regierungsbildung auf stabiler Grundlage oder Ermächtigungsgesetz oder — Auflösung, Zentrum und Volkspartei verhalten aber nicht viel Lust zu einer Auflösung. Ein Ermächtigungsgesetz sei nur mit Zustimmung der Sozialdemokraten möglich. Vielleicht fände man nun, eine Regierung der Mitte zu bilden. In den entscheidenden Fragen der Außenpolitik sei eine Unterstützung durch die Sozialdemokratie durchaus möglich. Diese habe aber allen Grund, sich zu hüten, in einer großen Koalition in Schwierigkeiten zu kommen, wie sie bereits einmal erlebt habe.

Nach lebhafter Debatte wurde gegen eine Minderheit eine Entschließung angenommen, in der die Berliner Funktionäre billigen, daß die Reichstagsfraktion die Bildung der Regierung der großen Koalition abgelehnt hat. Weiter wird der Erwartung Ausdruck gegeben, daß die Fraktion abermals die Beteiligung an der großen Koalition ablehnt, wenn der Versuch zu ihrer Bildung erneut gemacht werden sollte.

Der Beschluß der Berliner Funktionäre und die klare Darstellung der Haltung der Mittelparteien, an der die Koalition gegenwärtig scheitern mußte, durch unseren Parteivorstehenden sollte vor allem in der Berliner demokratischen Presse beachtet werden, die ihre Leser auch jetzt noch in süßen Hoffnungen auf die Koalition wiegt. Diese Blätter haben ihre Luftschlöcher darauf auf, daß sie die sachlichen Streitfragen, in denen sich die ganze gegenwärtige Schärfe des Klassenkampfes spiegelt, möglichst überhaupt nicht erwähnen. Dafür nehmen sie die taktischen Manöver des Zentrums blutig ernst, dessen angeblich bevorstehender Druck in Preußen sich vielleicht in diesem Bundesstaat, aber niemals im Reich im Sinn der Großen Koalition auswirken kann. Die Zentrumsleute werden sich hüten, zugleich im Reich und in Preußen unsere Mitarbeit auszuschalten, während die soziale Unzufriedenheit wächst!

Besonders erfreut sind die Demokratenblätter darüber, daß auch zwei unserer Reichstagsabgeordneten sich neuerdings öffentlich für die Große Koalition ausgesprochen haben, nämlich Scheidemann und Dr. David. Innerhalb der Partei ist aber bekannt, daß diese beiden Genossen ihren Standpunkt schon seit längerer Zeit vertreten, aber innerhalb der Reichstagsfraktion nur eine kleine Minderheit ihnen folgt, innerhalb der Parteiorganisationen eine noch kleinere. Scheidemann wünscht vor allem die Zweideutigkeiten einer Situation zu vermeiden, in der ein Minderheitskabinett in Einzelfragen unsere Unterstützung finden kann, während wir ihm in anderen Fragen scharf entgegenzutreten müssen. Das läßt sich durch strenge Bedingungen für die fallweise Unterstützung auch ohne die noch peinlichere Bindung der Koalition erreichen, in der wir die unerwünschten Maßnahmen bürgerlicher Minister gegenwärtig auch nicht hindern und noch weniger bekämpfen können. David sucht in seinem Artikel nachzuweisen, daß zwischen dem Regierungsprogramm Kochs und den Forderungen unserer Fraktion kein sehr großer Unterschied mehr bestände. Nach unserer Meinung waren aber die Forderungen der Fraktion schon so zurückhaltend als

Mindestbedingungen aufgestellt, daß jedes weitere Entgegenkommen unerträglich gewesen wäre.

Die bürgerlichen Mittelparteien hatten allgemeine dunkle Bedenken über angebliche Gefahren für die Republik, die bei Verweigerung unseres Regierungseintritts drohen. Wir glauben, daß eine Republik ohne soziale Mindestleistungen kein Ideal ist, das überhaupt jemals von den breiten Massen verteidigt werden kann und daß bei der Bewilligung dieser Leistungen sich die republikanische Gesinnung der jetzigen Warner vor Diktaturgefahren hätte zeigen sollen. So kommt Herrn Müllers nächster Erinnerung an die wirklichen Gründe, die die Sozialdemokratie von der Reichsregierung fernhalten, sehr zeitgemäß. Diese Gründe liegen nicht in angeblicher sozialdemokratischer Scheu vor den Ministerseßeln, sondern in mittelparteilicher Angst mit dem Schein der Konzession nach links auch wirklich großzügige soziale Politik mit uns zu wagen. — m.

Die Beschaffung von Notstandsarbeiten.

Am 11. d. wird gemeldet: Im Anschluß an Vorbesprechungen mit dem preussischen Wohlfahrtsministerium wurden am Montag im Reichsarbeitsministerium mit den Vertretern der Landesregierungen die Erleichterungen beraten, die für die Durchführung öffentlicher Notstandsarbeiten in den Bezirken gewährt werden sollen, welche unter besonderer großer Erwerbslosigkeit leiden. Allgemeine Uebereinstimmung bestand darüber, daß die zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bestimmten öffentlichen Mittel bei der großen Not der Erwerbslosen in möglichst entgegenkommender Weise für Notstandsarbeiten zur Verfügung gestellt werden sollen. Es wurde daher beschlossen, in den notleidenden Bezirken das Ausmaß der Darlehen, die Reich und Länder für Notstandsarbeiten geben, gegenüber der bisherigen Uebung beträchtlich, im Höchstfall bis zu 80% der Gesamtkosten zu erhöhen. Ferner soll nacheinander der Zinssatz für diese Darlehen bis auf 5%, im besetzten Gebiet in Ausnahmefällen auf 4%, herabgesetzt werden. Auch die Tilgung der Darlehen soll dadurch erleichtert werden, daß der Beginn der Rückzahlungen um ein bis zwei Jahre hinausgeschoben wird. Endlich soll es den Gemeinden, die durch die Fürsorge für ausgesteuerte Erwerbslose besonders stark belastet sind, erleichtert werden, auch Ausgesteuerte zu Notstandsarbeiten heranzuziehen. — Das Ergebnis der Besprechungen wird den Regierungen der Länder durch einen Rundverlaß des Reichsarbeitsministers sofort mitgeteilt werden.

Die am Montag im Reichsarbeitsministerium unter Vorsitz des Reichsarbeitsministers begonnenen Besprechungen der Landesregierungen über das Arbeitslosenproblem sollen am Dienstag zum Abschluß gebracht werden. Es ist anzunehmen, daß die Vorschläge der preussischen Regierung, denen sich der Reichsarbeitsminister im Prinzip bereits angeschlossen hat, einstimmige Annahme finden.

Verhaftung eines fürstlichen Banknotenfälschers aus dem Horthy-Kreise.

Budapest, 4. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Am Montag wurde Prinz Ludwig von Windischgrätz, der frühere Ernährungsminister, im Zusammenhang mit der Affäre der Banknotenfälschungen, in Budapest verhaftet. Der Verhaftung ging ein Kampf zwischen dem Reichserzherzog und dem Ministerpräsidenten Werhles voraus, wobei sich Horthy der Verhaftung des Windischgrätz widersetzte. Windischgrätz ist seit längerer Zeit mit den Legationisten verfallen und in das Lager der „Rasschüßler“, und zwar der Gruppe, welche den Ruf des Erzherzogs Albrecht vorbereitete, übergegangen. Die französischen Kriminalbeamten, die seit einiger Zeit in Budapest sind, haben aber so zwingende Beweise für die Teilnahme des Windischgrätz an der Affäre der Banknotenfälschungen vorgelegt, daß Horthy die Verhaftung des Windischgrätz schließlich doch zuließ.

Die ganze Angelegenheit gewinnt politische Bedeutung dadurch, daß nun der offene Kampf zwischen der Partei des Erzherzogs Albrecht und dem Ministerpräsidenten Werhles begonnen hat. Innerhalb der Regierung steht der Unterrichtsminister Kiebelberg, der unlängst in Berlin war, um die Verbindung mit den jetzigen Hakenkreuzlern herzustellen, und der Minister des Innern Graf Rakowski auf der Seite der Reichslisten. Das Gleiche trifft auf den Polizeichef, der dieser Tage auf Urlaub geschickt wurde, sowie den ganzen Hofstaat des Reichserzherzogs Horthy und Horthy selbst zu. Unter anderem wird behauptet, daß Erzherzog Albrecht mit Horthy bereits ganz feste Vereinbarungen getroffen hat, um diesen für seinen Verzicht auf die Reichserzherzogenschaft zu entschädigen. Es soll ihm das Fürstentum verprochen, sowie die Verleihung eines Großgrundbesitzes angeboten worden sein.

Hamburg, 5. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Auf Befehl der französischen Kriminalpolizei wurde in Hamburg ein geborener Serbe, Eduard von Dikmarz, verhaftet, der mit einem Dampfer angekommen war. Bei ihm wurden über 100 gefälschte französische Tausendfrankennoten gefunden. Die Polizei nimmt an, daß es sich um einen Fälscher handelt, der mit den ungarischen Fälschungen zusammenhängt.

Zur Problematik der Demokratie

bringt eine Anzahl von Neuherungen anregende Beiträge, die das Prager Regierungsblatt „Prager Presse“ in seiner Neujahrsnummer veröffentlicht. Es sind freilich viel Schwereereien unter diesen Beiträgen, vor allem von professoraler Seite.

Ertragreicher sind die Neuherungen der Politiker, von denen unter anderen Genosse Paul Löbe das Vertrauen ausdrückt, daß die jetzige angebliche Krise der Demokratie nur mit den wirtschaftlichen Nachkriegswirren zusammenhängt und in weiteren sieben Jahren überwunden sein wird. Leon Blum verteidigt in bemerkenswerten Gedanken die Ablehnung der Koalition durch die französischen Sozialisten, da eine Politik der Halbheiten, wie sie die bürgerliche Mitte wünsche, die Demokratie nur kompromittiere.

Von bürgerlicher Seite weiß unter anderen der alte französische Linksdemokrat Professor Guillard Anzengendes zu sagen. Er schreibt:

„In Frankreich hat man, um das Ganze in einem Worte zusammenzufassen, die Empfindung, daß das parlamentarische Regime den gegenwärtigen Wünschen der Demokratie und den politischen und wirtschaftlichen Forderungen der modernen Gesellschaft nicht angepaßt ist, und daß eine Modernisierung dieses Regimes unabweislich ist, um es der Demokratie anzupassen. Allein mit Ausnahme der Kommunisten und der um die „Action française“ gekochten Neo-Republikaner wünscht kein Franzose die Abschaffung des parlamentarischen Regimes, dieser natürlichen Form der Demokratie in einem großen Lande. Man wünscht nur ihre Verbesserung.“

Ich möchte fast sagen, daß sich die Krise der Demokratie in Frankreich eher als eine Krise des Wahstums denn als eine solche des Niedergangs darstellt. Es ist nur erforderlich, daß eine gebildete Elite die Richtung der Bewegung an sich zieht, sie zugleich zu fördern und zu lenken, und daß man sich beißt: Man muß dem Faschismus, der ohne Skrupel eine Diktatur anstrebt, nicht nur seine Bomben, seine Gelegenheiten, sondern auch seine höheren Absichten nehmen.“

Von sozialistischer Seite erscheinen uns die Ausführungen des bekannten englischen Ökonomen Cole der Beachtung wert, der zusammenfassend schreibt:

„Im ganzen glaube ich, ist die parlamentarische Tradition allzusehr vermurzelt in Großbritannien, um gar zu leicht durch Kommunismus oder Faschismus aus ihrem Boden gerissen zu werden. Aber ich denke, daß die treibende Kraft der bevorstehenden großen sozialen Umwälzungen nicht in der parlamentarischen Demokratie, sondern in äußeren Kräften gefunden werden wird, die das Parlament drängen werden, ihren Willen zu erfüllen. Das Parlament wird die Forderungen dieser Kräfte zur Kenntnis nehmen und so wird der parlamentarische Anstand gewahrt werden. Aber die wahre Macht wird die Assoziation sein, die zur Macht anwachsen wird in den Trade Unions und anderen freiwilligen Organisationen, die durch die Theorien des Parlamentarismus nicht anerkannt sind. Dies ist zumindest meine größte Hoffnung. Denn, wenn es diesen Kräften nicht gelingt, ihren Weg zu vollenden und das Parlament ihren Zwecken geneigt zu machen, dann ist auch Großbritannien, wie ich fürchte, verurteilt, das Opfer eines Bürgerkrieges zwischen Kommunismus und Faschismus zu werden. Aber ich denke denn doch, daß es nicht dazu kommen wird.“

Von außerparlamentarischen Politikern schreibt in ähnlichem Sinne der amerikanische Sozialistenführer Halliquit:

„Im gleichen Maße, wie die politischen Verhältnisse und die internationalen Probleme in Europa zur Ruhe kommen werden, werden auch die wirtschaftlichen Verhältnisse wiederum der Oberhand gewinnen. Dies wird ungewissheit die Rückkehr der großen Klassenparteien in die Parlamente, die Wiederaufnahme der normalen parlamentarischen Tätigkeit im Sinne des Klassenkampfes bedeuten. Dies an sich wird, glaube ich, in großem Maße der Neigung der Diktatur entgegenarbeiten.“

Man wird sagen dürfen, daß diese Voraussagen für die Demokratie nicht ungünstig sind, gerade weil sie sich vor parlamentaristischen Illusionen hüten und die Realitäten des Klassenkampfes in Rechnung stellen.

Herr v. Klipping gegen Unbekannt.

Der Landwirtschaftskammervorsitzende von Klipping ist über seine Abwahl durch Kammerpräsidenten Dr. Pionnet wegen des hülligen Geredes gegen angeblich einflussreiche Landesräte in Obereschlesien offenbar recht betroffen. Er verfaßt eine lange Erklärung, wonach er mit den Verantwortlichen der provinziellen Selbstverwaltung, die solche dunklen Pläne verfolgten, weder den obereschlesischen Landesausschuß, noch überhaupt Zentrumsleute gemeint habe. Da die Zentrumsleute in Obereschlesien nun aber bekanntlich die erklärten Träger der vollständigen Ausgestaltung der gesetzlichen Provinzialautonomie sind, kann Herr v. Klipping jetzt nicht mehr sagen, wenn er eigentlich gemeint hat. Er hat — gegen Unbekannt gekämpft... Der obereschlesische Landesausschuß hält ihm wie Recht den Vorklaut seiner Denunziationen entgegen, das viel deutlicher ist als seine jetzigen Erklärungen und stellt dabei fest, daß Klipping diese angeblich streng-vertrauliche Denunziation in Schlesien stark verbreitet hat. Er verlangt von ihm noch mehr, daß er nun sagt, wen er eigentlich gemeint hat. Darauf wird Herr v. Klipping die Antwort liefern: „Ich habe mich nicht auf meine Aussage wegen seiner Erklärung gegenüber auswärtiger Zeitungsredaktionen mit dem Inhalt der Erklärung eingelassen.“ Der Landesausschußvorsitzende erklärt, daß er in dem Obereschlesien kein Parteipolitiker und nicht, offenbar, damit aus der für ihn sehr peinlich gewordenen Diskussion herauszukommen, sondern gerade er haben sich ausgesprochen, parteipolitische, nämlich heftig nationalistische, Brandreden abzugeben, zu treiben hat.

Der Verzicht des Hohenzollernprinzen von Rumänien auf den Thron.

Bukarest, 5. Januar. (Eigener Funkbericht.)

Die beiden Häuser des rumänischen Parlaments nahmen am Montag den von der Regierung vorgelegten Gesetzentwurf über den Thronverzicht des Kronprinzen Carol und die Ernennung des Prinzen Michael zum Thronfolger an. Inhaber wurden die Mitglieder des Regimentsrates für den Fall eines Ablebens des Königs ernannt, und zwar Prinz Nikolaus, ein Patriarch und der Präsident des Kassationshofes. Da man Kandidaturen für den zurückgetretenen Thronfolger beabsichtigte, war in der Stadt zahlreiches Militär aufgebildet.

Der Verzicht des bisherigen rumänischen Kronprinzen auf die Thronfolge scheint doch im wesentlichen politische Bedeutung zu haben. Die Korruption gewisser Liebesaffären des Kronprinzen geschah auf Wunsch des Kabinetts Bratianu, dessen Miswirtschaft durch den Kronprinzen mehrfach heftig kritisiert worden war. Vor einigen Monaten kamen in die Presse Meldungen, daß der König Ferdinand zu Gunsten seines ältesten Sohnes abdanken wolle und daß damit auch der Rücktritt der Regierung Bratianu verbunden sein werde. Diese Regierung hat Rumäniens brennendstes Problem, die Agrarreform, in keiner Weise zu lösen vermocht und gibt als das Musterbild einer besonders ausgedehnten Claquekorruption. Es mag daher wohl sein, daß der Kronprinz, der seine Unzufriedenheit mehrfach geäußert hatte, und eine stärkere Natur als sein Vater zu sein scheint, die Hoffnung der Opposition war und damit dem herrschenden System als Gefahr erschien. Für Rumänien sind diese Wirrnisse im Königshaus schon deshalb bedeutsam, weil weder außenpolitisch noch innenpolitisch dieser zähenmähig bedeutendste Balkanstaat als konsolidiert gelten kann.

Die neue bulgarische Regierung.

Sofia, 4. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der Kommissar zwischen dem bulgarischen Parlament und der Regierung, Janoff hat in der Nacht vom Sonntag zum Montag zur Bildung eines neuen Kabinetts geführt. An dessen Spitze der Abgeordnete und frühere Finanzminister Sazifschew steht, der gleichzeitig das Innenministerium verwaltet. Das Außenministerium übernimmt Nikolai Radjow, der früher bulgarischer Gesandter in Petersburg und London war. Die übrigen Ministerien sind wie folgt besetzt: Buzow Finanzminister, Professor Mellow Unterrichtsminister, Tenev, früher Ministerpräsident, Justizminister; Kulew, bisher Innenminister, Handelsminister; Radenow Ackerbauminister und Georgiew Eisenbahnminister.

Durch die rasche Neubildung der Regierung Diapylon ist verändert worden, daß die Regierungspartei auseinanderfiel, weil ein Teil ihrer Mitglieder, vor allem die mazedonischen Abgeordneten, mit der Innenpolitik Janoffs nicht mehr einverstanden war. An sich dürfte das neue Kabinett in großen und ganzen die Innen- und auch die Außenpolitik der Regierung Janoff fortführen. Aber von Bedeutung, zumal in außenpolitischer Beziehung, ist immerhin, daß die Bildung des Kabinetts Janoff die Rückkehr zu rein parlamentarischen Verhältnissen, während die Regierung Janoff immer noch Diktator war.

Die Diktatur in Griechenland.

Der griechische Diktator Pangalos hat — das ist das Ergebnis der gestern noch etwas unklaren Athener Meldungen — einen trockenen Putsch durchgeführt. Bisher war er praktisch Diktator gewesen, ohne daß die Verfassung außer Kraft gesetzt worden war. Immer wieder hatte man Parlamentswahlen angeündigt und jetzt ist in einer Proklamtion die Diktatur öffentlich festgestellt worden. Die Gründe zur Einsetzung einer auch formellen Diktatur waren „Verletzungen“ über den Ausgang der Wahlen, ferner außenpolitische Rücksichten. Unter diesen Wahlen die türkisch-russischen und türkisch-slawischen Verhandlungen der letzten Wochen eine besondere Rolle. Griechenland sei durch diese Entwicklung diplomatisch so geschwächt worden, daß es einer festen Leitung ohne Parlament bedürfe. Ob Pangalos der Mann ist, die Situation zu retten, die Griechenlands unter seiner eigenen Leitung durch den Angriff auf Bulgarien verdorben hat, muß als zweifelhaft bezeichnet werden. Jedenfalls haben die ihrem Inhalt noch nicht bekannten türkisch-slawischen Verhandlungen gezeigt, daß das frühere freundliche Verhältnis zwischen Belgrad und Athen nicht mehr besteht. Im Zusammenhang mit den gleichfalls recht unübersichtlichen italienisch-englischen Verhandlungen muß man diese Veränderungen in Griechenland jedenfalls als Symptom einer starken diplomatischen Umgruppierung im östlichen Mittelmeer betrachten.

Aus schweren Tagen.

Ernstes und Heiteres. Von Adolf Hoffmann.

(Unberechtigter Nachdruck verboten.)

Auf der Spur.

Der Untersuchungsrichter machte sich das Vergnügen, mich öfter vorführen zu lassen, um mich zu fragen, ob ich bei meiner Beschuldigung bleiben wolle. Ich brauche aber nur einen Satz zu erwidern, dann war ich auch schon wieder hinaus. Das ging so fort, daß jeder mein Schlichter, der peinlich vermerkt, über Untersuchungen zu sprechen, einmal sagte: „Donnerwetter, bei Ihnen gehts aber immer so. Andere werden flundenlang vernommen.“

Als ich wieder einmahl vorgeführt war und gefragt wurde, ob ich es mir jetzt überlegt habe, erwiderte ich: „Sie wissen doch, daß ich nichts zu überlegen habe.“

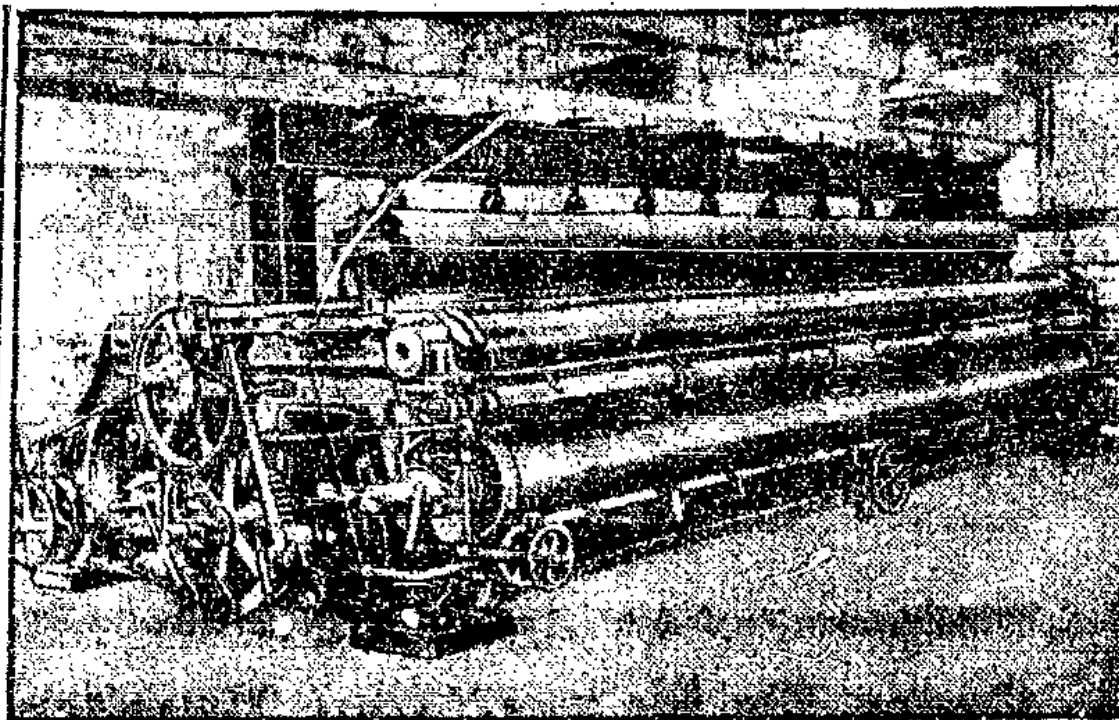
„So“ rief er während dessen, „dann werde ich Sie sitzen lassen, bis Sie Antwort geben.“

Wir fielen die „Witze“ ein, welche die Partei herausgegeben hatte, in denen angegeben war, wie man sich bei Hausdurchsuchungen und Verhaftungen zu benehmen hatte. Als ich das Protokoll unterzeichnen sollte, in dem stand, daß ich mich weigere, ein Geständnis abzugeben, verlangte ich ebenso die Änderung des Protokolls dahin, daß ich nichts zu schreiben hätte, zweitens den Satz hinein, daß der Herr Untersuchungsrichter mir gedroht habe, mich sitzen zu lassen, bis ich schwartz werte.

Er lächelte grell auf, und ich war noch schneller als sonst wieder in meiner Zelle angelangt.

Hier wurde ich von meinem Schlichter mit den Worten empfangen: „Das Sie heute so schnell wiederkommen, ist sehr gut. Ein Rechtsanwalt will Sie sprechen.“ Ich wurde nach der Zelle geführt, und dort lag ich Herrn Rechtsanwalt Braunenberg, der mit mein Gefängnisfreund Robert Fritow geflüchtete hatte. Eine Vollmacht hatte ich ihm schon unterschrieben müssen.

Der Rechtsanwalt fragte mich, ob ich keine hätte, denen ich gestatte, daß sie mit der Strafe geflüchteten. Ich sagte, außer meinem und seinen Trabanten keine und schickte ihm die Vollmacht mit Fritow und daß zu Hause an bestimmter Stelle



Ein neuer Weltrekord der deutschen Industrie

In Saalfeld, das in der Drahtweberei und Herstellung der hierzu notwendigen Maschinen seit langem einen hervorragenden Platz einnimmt, hat die Firma Franz Jrmischer jetzt einen Drahtweberstuhl von 7500 Millimeter Breite gebaut. Der neue Drahtweberstuhl ist nach demselben Prinzip gebaut, wie die Weberstühle der Textilindustrie; er hat das respektable Gewicht von 45 000 Kilogramm. Die Breite des fertigen Stuhles beträgt 11, die Höhe 2,5 und die Tiefe 4 Meter.

Das Ende der alliierten Militärkontrolle.

Auf Anordnung der Botschafterkonferenz sind die Zweigstellen der Interalliierten Militärkontrollkommission in Deutschland mit dem 1. Januar aufgehoben worden. Es ist zu erwarten, daß diesem Schritt in absehbarer Zeit auch die Auflösung der Militärkontrollkommission in Berlin folgen wird, so daß die Militärkontrolle bald schon Sache des Räterebundes sein dürfte.

Aus dem Reiche.

Die Form der Eidesabnahme. In einer kleinen Anfrage eines sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten wurde Befehle darüber geführt, daß beim Amtsgericht Berlin-Tempelhof, Abteilung für Strafsachen, dem Zeugen vom vernehmenden Richter die religiöse Eidesformel vorgelesen wird, auch wenn der Zeuge ausdrücklich erklärt, den Eid in der bürgerlichen Form leisten zu wollen. Demnach ist alsdann der Zeuge auf seine vorgedruckte Willenserklärung, so wird ihm vom Richter gesagt, er bewahre in die religiösen Worte der Formel nicht mitzusprechen. Das Staatsministerium wurde gefragt, ob ihm diese Art der Eidesabnahme bekannt sei, ob es sie für zulässig halte. Wie der Amtliche Pressedirektor aus der Antwort des Justizministers mitteilt, haben die angestellten Ermittlungen folgendes ergeben: Bei der Abnahme von Eiden pflegt einer der beim Amtsgericht Berlin-Tempelhof tätigen Richter in der Tat den Eid in der gewöhnlichen Form abzunehmen. Ein anderer Richter desselben Gerichts nimmt grundsätzlich den Eid in der bürgerlichen Form und nur auf ausdrückliches Verlangen in der religiösen Form ab. Beide Arten der Eidesabnahme werden den Bestimmungen der Art. 177, 196 Abs. 4 R. V. §§ 62, 63 St. P. O., die die Vernehmung des Zeugen in religiöser und in bürgerlicher Form für zulässig erklären, die Wahl aber dem Schwurpflichtigen überlassen, sowie des § 64 St. P. O., wonach der Eid mittels Nachsprechens oder Ablegens der Eidesformel zu leisten ist, nicht gerechtfertigt. Da die überwiegende Zahl der Schwurpflichtigen nicht über die nötige Befugnisse verfügt, wird es als Amtspflicht des Richters anzusehen sein, daß er den Schwurpflichtigen nach Belehrung fragt, in welcher Form dieser den Eid leisten wolle, und alsdann den Eid in der von diesem gewählten Form vorpricht. Das Erforderliche wird hiernach veranlaßt werden.

Zur Volksgesundheitspflege in Preußen. Von dem Ministerium für Volkswohlfahrt ist dem Reichstagen Landtag von diesem Winter an eine Denkschrift vorgegangen, in welcher der allgemeine Gesundheitszustand der Bevölkerung in Preußen behandelt wird. Dem Bericht zufolge ist ein Gehör zur Ausdehnung der Anzeigepflicht auf Tausendverdracht ausgearbeitet worden. Zur Bekämpfung der epidemischen Gehirnentzündung ist ebenfalls ein Gesetzentwurf ausgearbeitet worden, der die Einführung der Anzeigepflicht und bestimmter Bekämpfungsmassnahmen vorsieht. Schließlich ist um die Interessen der Gefestigten zu sichern, ein Entwurf zu dem preussischen Fremdenverkehrsgesetz ausgearbeitet worden, der dem Landtag in Kürze zugehen wird.

Der große politische Mordprozess vor dem Schwurgericht München, der nach 6 1/2 Jahren endlich die Sühne für die grundlose und bestialische Ermordung der zwölf Verladener Arbeiter am 6. Mai 1919 im Münchener Hofbräuhausfest bringen soll, beginnt am Mittwoch, den 13. Januar. Angeklagt sind die ehemaligen Angehörigen des Freikorps Lützow, der verheiratete Kaufmann und Leutnant der Reserve Georg Bötzing, Telkom Berlin, und der verheiratete Kaufmann und ehemalige Feldwebel Erich Prüfert-Berlin. Die Erziehung wurde von einer Abteilung des Freikorps Lützow unter dem Kommando Prüfert ausgeführt, den Befehl dazu hatte Bötzing gegeben. Die Anklage lautet auf Verbrechen des zwölffachen Mordes.

Ein neuer Streich gegen den republikanischen Oberbürgermeister von Nürnberg. Auf Grund der im Streicherprozess erfolgten Urteilsbegründung hat die Staatsanwaltschaft gegen Oberbürgermeister Dr. Luppe ein Weineidsverfahren eingeleitet. Das Gericht hat damals in den Aussagen des Nürnberger Ober-

bürgermeisters eine objektive Unrichtigkeit gesehen, von der zu prüfen sei, ob fahrlässiger oder bewusster Meineid vorliege. Dr. Luppe hat auf Grund des eingeleiteten Weineidsverfahrens am Sonntag einen Urlaub angetreten. Die Vorgeschichte zu diesem neuen Vorgehen gegen den Nürnberger Oberbürgermeister, der den regierenden Kreisen Bayerns als aufrechter Republikaner ein Dorn im Auge ist, ist folgende: Der völkische Agitator Streicher, einer der gewissenlosesten Burichen in der völkischen Agitation in Bayern, hatte behauptet, daß Luppe sich in der Inflationszeit an städtischen Geldern bereichert habe. Luppe strengte Beleidigungsklage gegen Streicher an. Im Jahre 1924 wurde Streicher zu einem Monat Gefängnis mit Bewährungsfrist verurteilt. Es wurde Verurteilung eingelegt. Die Verhandlung fand im Dezember 1925 statt. Sie führte zu einer Verurteilung Streichers zu zwei Monaten Gefängnis. In der Zeugnisaussage Luppes über die Dinge, die über zwei Jahre zurückliegen, ergaben sich einige Unstimmigkeiten gegenüber seinen Aussagen von 1923, da er sich in einigen Punkten infolge der Zeitdauer nicht mehr genau erinnern konnte. Auch in allen anderen Zeugnisaussagen ergaben sich ähnliche, aus der Länge der Zeit erklärliche Widersprüche. Dem gewissenlosen Verleumder zwei Monate Gefängnis — dem Opfer der Verleumdung aber, das vor Gericht sucht, die Drohung mit dem Zuchthaus! Das ist der Gipfel, der von den Hüllern des Reichs in Bayern erklimmen werden konnte.

War der Fall Holstein vereinzelt?

Das vermeint ein Mitarbeiter des „Soz. Pressedienst“, der schreibt: „Die Bewertung von politischen Neugierigkeiten, zu denen Kenntnis die Beamten des auswärtigen Dienstes von Berufs- und Amts wegen als erste gelangen, manchmal sogar noch, ehe die sensationellen Vorgänge überhaupt zur Tagesordnung geworden waren, war in der deutschen Diplomatie gang und gäbe, wenn auch nicht in dem abnormen Umfang wie bei Holstein. Man darf doch nicht vergessen, daß gerade die Diplomatie seit jeher mit der Schwereindulstie und der Hochfinanz verflochten und verflochten war und es zum Teil heute noch ist. Es ist wohl durchaus kein Zufall, daß die Barone von Eilen und Stahl und die Größen des Finanzkapitals bestricht waren, ihre Sproßlinge der diplomatischen Karriere zu widmen oder sie mit Diplomaten zu verheiraten. Für dieses Bestreben sprachen naheliegende Gründe und diese Verbindung hat sich im Laufe der Jahrzehnte für beide Teile zweifellos gut rentiert. Um nur einen konkreten Fall zu erwähnen: Der berühmte Bankiersprung in Agadir am 8. Juli 1912, der an allen Börsen Europas eine wahre Panik verursachte, war doch im Auswärtigen Amt viele Tage vorher beschlossen worden — ebenso wie die Kaiserkrönung in Langer sieben Jahre zuvor und — wie manche andere Schritte von besonderer Tragweite. Zur Agadir-Zeit lebte freilich Holstein nicht mehr, aber wenn diese Aktion den Reizwert einer großangelegten Börsenspekulation verfolgte, so hätte sie nicht besser ausgezogen werden können. Oder ist es nur ein Zufall, daß die Notifizierung des „Bankiersprunges“ an einem Montag erfolgte, zwei Tage nach dem Monatsersten, an dem die Börsentermingeschäfte abgeschlossen werden? Es ist ein reiner Zufall, daß die Mannesmann-Aktion, also die Papiere der an der deutschen Marokko-Aktion am stärksten interessierten Gesellschaft zwei Tage vor Bekanntwerden des deutschen Vorgehens in Agadir um 8 1/2 Punkte an der Berliner Börse emporschnellten? Die Verleumdung lag übrigens für die Eingeweihten zu nahe, sich an diesem politischen Abenteuer zu bereichern, als daß man glauben könnte, sie hätten diese Gelegenheit nicht wahrgenommen. Dabei war der Kreis dieser Eingeweihten in Berlin und in den deutschen Auslandsvertretungen nicht gering. Er dürfte sich auch nicht ausschließlich auf die diplomatischen Kreise beschränkt haben, da jene Aktion natürlich auch mit den Spitzen des Heeres und der Marine sowie den höchsten Würdenträgern des Hofes erörtert worden war. Alles in alle dürfte also der Fall Holstein keinesfalls vereinzelt gewesen sein.“

der Zettel der Kriminalbeamten aus der Greifswalder Straße noch liegen.

Der Rechtsanwalt empfahl sich mit der Versicherung, alles zu tun, was in seinen Kräften stünde.

„So jetzt ab wurde ich täglich dem Untersuchungsrichter vorgeführt, aber nur, um die Frage zu beantworten, ob ich das Protokoll unterschreiben wolle, und immer lautete meine Antwort: „Wenn Sie die Drohung hinaufreiben lassen, die Sie mir gegenüber ausgesprochen.“ Als Antwort klingelte er und führte den Gefängnisbeamten jedesmal das Wort „Abhören“ entgegen. Und dieser war z. B. richtig an meiner Hartnäckigkeit unerschütterlich. Er schüttelte zwar immer sein großes Haupt, aber hüllte sich, auch nur ein Wort an mich zu richten, obwohl man ihn die Antwort über das fadenharte Verhältnis zwischen mir und dem Rat anfragt.“

Es mochte wohl das fünfte oder sechste Mal sein, daß ich vorgeführt wurde, als der Herr Rat ganz gegen seine Gewohnheit mich ergrünte, Platz zu nehmen, und mir eröffnete, daß das Protokoll heute abgegeschlossen werden müsse.

Ich stellte die Frage, wie lange die Geschichte noch dauern könnte. Er erklärte, die Beantwortung sei damit zu Ende, die Akten gingen jetzt nach Leipzig.

„Nach Leipzig“, fragte ich ihn.

„Ja“, antwortete er, „es ist doch Hochverrat.“

Ich lächelte. Der Herr Rat sah beleidigt auf. „Ich habe Ihnen schon wiederholt gesagt, Ihnen wird das Leben noch verzeiht. Und ohne mir zu einer Antwort Zeit zu lassen, fuhr er fort: „Ich will Ihnen keineswegs gerechtfertigten Wünschen Rechnung tragen, und die Sache zum Abschluß bringen, und in das Protokoll hineinschreiben lassen, daß ich die Redensart gebrauch habe. Wenn Sie Ihre Schuld nicht eingestehen, können Sie leicht sitzen, bis Sie schwartz werden.“

„Nein“, antwortete ich so ruhig als möglich, „so war's nicht. Sie drohten, Sie wollten mich sitzen lassen, bis ich schwartz werde.“

Der Untersuchungsrichter schenkte von seinem Sessel hoch und nickte mehr als er sprach: „Und Sie dürfen sich ein, daß ich das ins Protokoll aufnehmen.“

„Ich bilde mir nicht das Geringste ein. Aber ohne den Satz unterschreibe ich das Protokoll nicht.“

Die Glocke schrillte länger denn je. Das „Abfüllern“ wurde noch heftiger als sonst herausgestoßen, und ich sah zehn Minuten später wieder in meiner Zelle.

Man hatte bei der Gefängnisfeste etwas Geld für mich eingezahlt, und ich konnte mir Zubrot gutschreiben lassen, denn ich war bei der Gefängnisfeste sehr herumgekommen. Ich konnte das Kaffeebrot nicht vertragen und brach es in der ersten Zeit immer wieder aus.

Meinem Schlichter tat ich leid, und er meldete mich dem Arzt, ohne mir etwas davon zu sagen.

Eines Tages wurde die Zelle aufgeschlossen, und ein Mann in weißem Mantel trat ohne Gruß mit der rauhen hervorgehobenen Frage ein: „Was fehlt Ihnen?“

Ebenso kurz antwortete ich: „Die Freiheit.“

Hinter dem Wickmanteligen winkte mein Schlichter mir zu. „Ich begreife nicht, was er wollte. Der weiße Mann sagte garlich: „Wenn Ihnen weiter nichts fehlt, brauchen Sie mich nicht zu stören.“

Der Schlichter winkte mich energischer. Ich in meiner Notlosigkeit fragte: „Ja, wer sind Sie denn?“

„Ich so“, höhnte der Ungeredete, „ich habe Ihnen wohl noch nicht meine Bitterkeit überreicht. Ja, ich habe es ja immer gekostet, es ist hier ein entsetzlicher Mangel an Komfort. Also, ich bin der Arzt nach dem Sie verlangt haben.“

Wieder geküßelte der Schlichter. Und als das Wort „Ich?“ meinen Worten entlock, fuhr er daraufhin und sagte: „Der Herr Doktor bringt mittags und abends die Wäsche rein wieder heraus.“

Manchmal ist man begrifflos. Aber endlich begriff ich und ergrünte mein „Ich“ — „kann das Essen nicht vertragen.“

„Wo haben Sie vorher gegessen?“ fragte er. „Ich reise“, erwiderte ich, „und esse daher in besseren Hotels.“

„Wie lange sind Sie hier?“

„Hier Wochen.“

„Ich“, antwortete der gefühlvolle Vinger Kestulaps, „unter Haus ist auch ein Hotel. Kriegt jeder seine Portion. Wenn Sie erst vier Monate hier sind, sollen Sie mal sehen, wie es schmeckt.“

Kaus, Jellentz zu und Rog und Reiter sah man niemals wieder.

(Schluß folgt.)

Die Meinherrschaft Stalins in Sowjet-Russland.

Moskau, 3. Januar. (Drahtbericht.) Der Ausfall der Wahlen in das Politbüro zeigt, daß von nun an zwei erwarteten konstitutionellen Möglichkeiten — entweder Nichtwiederwahl der bisher zu dem maßgebenden Politbüro gehörenden Oppositionsführer oder Wiederwahl bei gleichzeitiger Ergänzung ihres Einflusses durch Erweiterung dieser Körperschaft mit zuverlässigen Mitgliedern — gewissermaßen beide miteinander verschmolzen worden sind. Man hat sich dazu entschieden, den einen der beiden oppositionellen Führer, nämlich Sinowjew, auch weiterhin im Politbüro zu behalten, den anderen, Kamenew, dagegen in die Zahl der Ersatzmitglieder (Kandidaten) überzuführen, das heißt zu degradieren. Was dies bedeutet, wird klar, wenn man sich erinnert, daß Kamenew früher nicht nur zu den drei maßgebendsten Mitgliedern des Politbüros gehörte, sondern auch als Stellvertreter Krogoms und Leiter des Rates für Arbeit und Verteilung eine der wichtigsten Stellen im Staatsapparat innehatte. Der bisher zu den Ersatzmitgliedern gehörende Solominow verschwindet nunmehr ganz aus dem Politbüro. Ferner ist die Zahl der Mitglieder von 7 auf 9 erhöht worden. Somit kann von einem irgendwie maßgebenden Einfluß der Opposition im Politbüro nicht mehr die Rede sein.

Der Verlauf des jetzt zum Abschluß gelangten Kongresses hat aber allmählich erkennen lassen, daß die Bedeutung des Politbüros überhaupt nicht mehr die alte ist, wenn dem auch offiziell widerprochen wird. Das Generalsekretariat der Partei ist zum Erben dieses Einflusses geworden, seit der Generalsekretär Stalin den Einfluß seiner einzigen Rivale Trotski, Kamenew und Sinowjew zurückgedrängt und nun allein die leitende Rolle in der KP. übernommen hat. Da ihm als Generalsekretär die gesamte Geschäftsführung untersteht, so dürfte im Politbüro wie im Zentralkomitee der Partei niemandes Einfluß mehr den seinigen überwiegen. Die Festlegung dieser seiner diktatorischen Stellung ist das bemerkenswerteste Ereignis des Kongresses, nachdem die Opposition vergeblich versucht hatte, eben diesen Kongress zur Unterbrechung seiner Position auszunutzen. Die Zuspitzung der Gegensätze im diesem persönlichen Moment ihre Erklärung: Die Opposition richtete sich eben nicht nur gegen die Parteiführung als solche, sondern die Werke sollten vor allem den als Dirigenten hinter ihr stehenden Stalin treffen, wie dieser selbst unabweislich ausgesprochen hat. Eine Betonung seiner Machtposition hat er übrigens durchaus vermieden und vertritt sie hinter Ausdrücken wie kollektive Parteiführung und dergleichen. Nachdem er keine Abwehr der Opposition in einem siegreichen Gegenangriff zu wenden und gefolgt von der überwältigenden Mehrheit zum Einberufen der Parteiführung ausgerufen worden ist, steht Stalin jetzt als der mächtigste Mann der Partei da, was angesichts der Stellung der KP. im Sowjetlande auch eine entsprechende Stellung Stalins im Staatsapparat bedeutet.

Am dem Kongress der KP. haben 688 Delegierte mit vollem Stimmrecht und 641 mit beratender Stimme teilgenommen. Der Kongress vertrat 643 000 Mitglieder der KP. und 445 000 sogenannten Kandidaten.

Die Politik der polnischen Sozialisten.

Warschau, 4. Januar. (Drahtbericht.) Der 20. Landeskongress der Sozialistischen Partei Polens ist gestern nach vier-tägiger Beratung geschlossen worden. Der Eintritt der sozialistischen Minister in die Koalitionsregierung Stragnski wurde abgelehnt.

Weiter faßte der Kongress eine Reihe von Resolutionen als Richtlinien der äußeren und inneren Politik der Partei für den nächsten Zeitabschnitt. Die bemerkenswertesten dieser Entschlüsse, soweit sie die innere Politik betreffen, fordern Aufrechterhaltung der sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse Kampf gegen Spekulation und Teuerung. Durchführung aller Bestimmungen der Verfassung, Erhaltung der Autonomie für jene Minderheiten, die in geschlossenen Gebieten siedeln, Aufhebung der Standgerichte und aller Ausnahmeverordnungen. Anwendung des Feuerungsindex und Erweiterung der Hilfe für die Arbeitslosen. Durchführung der Agrarreform und endlich Abschluß der Handelsverträge mit Deutschland und Rußland.

Für die von der Partei zu vertretende auswärtige Politik nahm der Kongress nach einem Referat des Abgeordneten Niedzialowski eine Entschlüsse an, die sich für das Genfer Protokoll ausspricht und die Haltung der Partei zum Vertragswerk von Locarno — die polnische sozialistische Partei hatte sich für Locarno ausgesprochen — billigt.

Der Parteitag hat die Sejm-Fraktion ermächtigt, diese Forderungen gegebenenfalls an die anderen Koalitionsparteien in Form eines Ultimatum zu stellen, d. h. bei Nichterfüllung aus der Koalition wieder auszutreten. Die Billigung des Eintritts der polnischen Sozialisten in die Regierung Stragnski erfolgte vor allem auf Grund einer Rede des alten, auch international angesehenen Parteiführers Dajnski, der die Erfolge der Regierungstätigkeit für die Arbeiterklasse hervorhob und darauf hinwies, daß mit den oppositionellen Kleinbauern („Mazowolci“) eine gezielte Zusammenarbeit fast nicht möglich sei. Auch die Seereschränkung und der günstige Einfluß der Sozialisten auf die Verhandlungen über Stabilisierung und auswärtige Finanzkontrolle erscheinen als Vorteile der gegenwärtigen polnischen Koalition für die Arbeiterklasse. Gegen die Koalition wandten sich mit dem Abgeordneten Jazemba vor allem die Vertreter der Eisenbahner, deren Abbau auch der sozialistische Regierungseinfluß infolge der schlechten von der Rechtsregierung übernommenen Finanzlage nicht aufhalten konnte. Die Mehrheit für die Koalition war aber infolge des vorherrschenden Interesses für rasche Stabilisierung der Währung und der Teilnahme von Arbeitervertretern recht erheblich.

Das Verbleiben der polnischen Sozialisten in der Regierung dürfte auch gewissen Diktaturgerüchten ein Ende machen, die aus Verhandlungen zwischen dem alten Führer der Rechten, Abgeordneten Dmowski und dem linksstehenden Marschall Pilsudski entstanden waren und die in Polen immerhin ernsthafte Bedeutung gewinnen konnten, als ähnliche Redereien in Deutschland oder Frankreich.

Kleine Auslandsnachrichten.

Genosse Clifford Allen, der Vorsitzende der englischen Unabhängigen Arbeiterpartei (I. W. P.), der vor einigen Wochen aus Gesundheitsrücksichten einen Urlaub antrat, ist nunmehr endgültig von seinem Amte zurückgetreten. Zum Vorsitzenden wurde provisorisch Genosse H. W. Jowett bestellt. Die Partei hat Allen mit der Redaktion der wöchentlichen Monatszeitschrift „Socialist Monitor“ betraut, die ab 1. Januar unter seiner Leitung in vergrößerter und verbesserter Form erscheinen soll.

General Fong, der Erbauer der Dienths, hat in einem Rundtelegramm mitgeteilt, er wolle sich nunmehr aus dem öffentlichen Leben zurückziehen und zur Beruhigung der innenpolitischen Lage ins Ausland gehen. Er forderte die Militärpartei auf, sich hinter Tuan-Tsching-Pui zu stellen. Der von Tuan ernannte Ministerpräsident Hsu-Shih-Ying hat ein Kabinett gebildet, in dem sämtliche Anhänger Fongs wichtige Stellen inne haben.

Aus aller Welt.

Rundfunkgerät für Blinde.

Um den Blinden die Teilnahme am Unterhaltungsbereich zu ermöglichen, veranstaltet die Oberpostdirektion Berlin in diesem Monat eine Sammlung zur Versorgung der Blinden mit Rundfunkgerät. Mehr Geldspendungen werden auch Funkempfangsapparate und Einzelteile entgegengenommen.

Hier gut deutsch allewege!

Der „Dresdener Rundschau“ schreibt jemand: „Gertel ich da vor kurzem auf einer Wanderung in die Schweiz auf dem Großen Plösch und las dort in eine Bank geschickt die schöne Versicherung, „I love you“, was heißt „Ich liebe dich“ und nach einem weiterbreiteten Zeitraum englisch sein soll. Über hat sich was! Ein ultradeutschnationaler Teutone wußte das besser. Und hatte darunter geschrieben: „Böhmischer Hund, schreib deutsch!“ Womit die deutsche Kultur erneuten Aufstieg betonte.

Eine Lungenheilstätte für deutsche Studenten

wurde von der Wirtschaftshilfe der deutschen Studentenschaft in einem zunächst auf zwei Jahre gepachteten Sanatorium in dem bekannten Schweizer Kurort Arosa eingerichtet. Die Heilstätte steht unter dem Protektorat des Berner Gesandten Genossen Adolf Müller und kann jeweils 35 tuberkulosekranken deutschen Studierenden Aufnahme gewähren.

Der gefährdete Mainzer Dom.

Das Fundament des als Baumwerk berühmten Mainzer Doms ist durch die Feuchtigkeit so ernst gefährdet, daß sich durchgreifende Instandsetzungsarbeiten als notwendig erweisen. Einweilen soll aus Reichsmitteln ein Zuschuß von einer Million Mark zu diesen Arbeiten geleistet werden. Hoffentlich wird es möglich sein, eines der wertvollsten deutschen Kulturdenkmäler am Rhein vor dem Verfall zu retten!

Deutsche Hilfe für die holländischen Hochwassergebiete.

Nach einer Mitteilung des Bürgermeisters von Nimwegen hat eine deutsche Grenzgemeinde Hunderte von Rähnen mit Mannschaften zur Rettungsarbeit in das vom Hochwasser bedrohte holländische Grenzgebiet gesandt.

Eine Kommission zur Bestimmung der Trunkenheit.

Die Britische Medizinische Gesellschaft hat eine Kommission von 18 hervorragenden Gelehrten eingesetzt, die durch eingehende Prüfungen untersuchen sollen, bei welchem Grad des Alkoholenusses Trunkenheit festgestellt werden kann. Da ja in Großbritannien Betrunkenen bestraft werden und nach einem neuen Gesetz Kraftwagenführern der Erlaubnisbühnen entzogen wird, wenn sie betrunken sind, ist diese Feststellung von Wichtigkeit. Bisher aber gehen die Kennzeichen, nach denen Polizeigärte und Gerichtsbeamte Trunkenheit feststellen, sehr weit auseinander, und man will nun eine einwandfreie Methode ausarbeiten, durch die sofort erkannt werden kann, ob jemand wirklich betrunken ist.

Schwere Explosion in einem Bleibergwerk.

Nach einer Meldung aus Wien wurden durch die vorzeitige Explosion einer Mine in dem Blei- und Zinkbergwerk auf dem Schneeberg ein Arbeiter tödlich, ein anderer lebensgefährlich und mehrere andere leicht verletzt.

Das Einkommen des Automobilkönigs.

In amerikanischen Repräsentantenhaus hat der Abgeordnete Marney von Illinois mitgeteilt, daß der Automobilkönig Henry Ford und sein Sohn Edsel Ford gegenwärtig alle drei Tage eine Million Dollars einnehmen.

Wolfsplage in Sibirien.

Aus der Stadt Nowo-Nikolajewsk in Sibirien wird gemeldet, daß in ihrer Umgebung ungeheure Rudel von Wölfen erschienen sind. Die Bestien überfallen nicht nur große Viehheerden, sondern wagen sich frech in die Straßen der Dörfer, so daß die Einwohner sich kaum retten können und in ihren Häusern von Wölfen hochstäblich belagert sind. In einem Dorf konnte man sich der Wölfe

nur dadurch erwehren, daß man aus einem heimlich vorhandenen Maschinengewehr auf die Tiere Schußfeuer eröffnete. In dem zur Stadt Nowo gehörenden Kreis haben die Wölfe im Laufe eines Jahres 12 500 000 Rubel Vieh vernichtet, während der ganze Haushalt des Kreises nur 100 000 Rubel beträgt. Der Kampf gegen die Raubtiere ist um so schwieriger, als die Bauern nur in seltenen Fällen Feuerwaffen und Munition besitzen.

Der König der Zeitungsreporter.

In der neuesten Nummer der Wochenzeitschrift „Die literarische Welt“ (Hrsg. von Kurt Hiller, Berlin) ist ein Aufsatz über den „König der Reporter“ abgedruckt. Der Verfasser, ein bekannter Schriftsteller Eugen Gravin, hat dem Journalisten Henry Stephan Dopper in Blowitz eine eingehende Würdigung, dessen 100. Geburtstag auf den 28. Dezember fiel. Dopper hat sich in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts als Berichterstatter der „Times“ den Titel eines „Königs der Reporter“ verdient, weil er, wie Kiff hervorhebt, „es verstanden hat, in einem Getriebe, in dem es damals aufstrebte, eine Nachricht vor allen anderen zu erlangen, der erste auf den europäischen Schouwägen und gleich darauf auf dem Postamt zu sein“. Eine in der genannten Zeitschrift mitgeteilte Anecdote möge die journalistische Tätigkeit dieses „Königs der Reporter“ veranschaulichen: Das Fundament seiner Bedeutung war sein phänomenales Gedächtnis. Er hörte eine Rede an und schrieb sie zu Hause aus dem Gedächtnis wörtlich nieder. Als eines Tages der bekannte Redakteur der „Times“ John Delane, in Paris war, hörte er in Versailles zusammen mit de Stowick eine Rede von Thiers. Auf dem Heimwege bemerkte er, seine Mahregeln getroffen zu haben, um diese Rede seinem Blatte übermitteln zu können. Als aber Delane am nächsten Morgen in London ankam, fand er zu seinem Erstaunen in seiner Zeitung die ganze Rede abgedruckt, zwei Spalten lang, und wörtlich. Blomig hatte sich nämlich an jenem Abend einfach hingesetzt, die Augen geschlossen und die Verkaufserlöse nochmals in sich aufleben lassen. Hierfür eilte er nachts nächste Postamt und telegraphierte sie nach London.

Enorme Wettsteigerung amerikanischer Zeitungen.

Wie schon kurz gemeldet, ist „Newport Sun“ eine der größten Zeitungen der Hudson-Nezcapole, kürzlich verkauft worden. Der Kaufpreis beträgt in runder Summe zehn Millionen Dollars. Es ist das höchste Preis, der bisher beim Verkauf einer amerikanischen Tageszeitung erzielt wurde. Der gesamte Apparat der „Sun“, der heute mit 12 Millionen Mark bewertet wurde, wurde vor 35 Jahren mit einem Kapital von sage und schreibe 40 Dollars begründet. Das ist eine Wertsteigerung, die kaum unter amerikanischen Verhältnissen imponiert.

Wittnauer Tierpark.

Zwei Fruchtfliegen waren vom Tierparkverein in Newport angezogen worden, weil sie ihre Pferde bei heftigem Regen und bitterer Kälte unnötiger Weise ohne jede Decke auf der Straße hocken lassen. Der Richter Golden verurteilte die beiden Reiter zu einer unehrenhaften Freihaft. Sie mußten nur mit gewöhnlichen Swarden und Hoken bekleidet in eisblauen Regen, von zwei Schutzhelmen flankiert, auf der Straße stehen, damit sie eine kleine Vorstellung davon bekommen, wie einem Tiere zumute ist, das in der gleichen Weise behandelt wird. Das Publikum, das sich um diese merkwürdige Szene sammelte, gab, nachdem es erfahren hatte, um was es sich handelte, seinem Beifall lauten Ausdruck. Nach Verlaufe von einer Stunde wurden die beiden wieder dem Richter vorgeführt, der sie über ihre Empfindungen während des Strafzuges befragte. Es war aber nichts Neues aus ihnen herauszubringen, worauf der Richter sie mit den Worten entließ: „In Zukunft zeigen Sie mehr Gefühl für die Ihnen anvertrauten Kreaturen, sonst werden Sie das nächste Mal zwölf Stunden stehen müssen.“

Wasserstand

5. Januar.	
Rasthof	2,30
Reise (Stadt) 4. 1.	+0,16
Reise (Unter-Regel)	2,88
Rasthof (Unter-Regel)	4,94
Brieg (Maltent)	3,85
Dobrußsch	3,97
Abflußmenge sekundlich 515 cbm	
Loelchen	2,69
Fürstberg (4. 1.)	0,60
Wasserwärme: + 3,4	



Eine zarte Aufmerksamkeit

wird stets ein Kistchen „4711“ sein. — Die feinen Wirkungen der „4711“ sind geeignet, des Gebers taktvolle Fürsorge zu übermitteln. Dankbares Gedenken ist ihm gesichert.

Nur echt mit der gen. gesetzl. WZ (Rhein-Gold-Kilbott). — Seit 1773 stets der gleichen, hervorragenden Güte nach althergebrachtem Original-Rezept.



4711 Kölnisch Wasser-Seife * 4711 Kölnisch Wasser-Badesalz

Lachen links!

Das Witzblatt der Republik

Heft 20 Pfennige.

Zu beziehen durch die Buchhandlung „Volkswacht“ und die Zeitungsträgerinnen.

Buchdruckerei Volkswacht

BRESLAU 2 Flurstraße 46

übernimmt die Anfertigung sämtlicher Druck-Arbeiten für Industrie, Handel, Vereine u. Gewerkschaften in ein- und mehrfarbiger Ausführung bei preiswerter Berechnung und schnellster Lieferung.

Spezialität: Massenaufgaben (Rotationsdruck)

Bitte

bei allen Einkäufen nachschauen, ob unterer Zeitung...

Inventur-Ausverkauf!

So waren meine Preise noch nie herabgesetzt

Gummi-Mäntel 12.50
 Joppen mit warmem Futter 15.50
 Hosen in guten Stoffen 5.50
 und vieles andere sehr billig!

24.50

Schweden-Mantel

in gediegenen Stoffen und vielen Farben

39.50

Schweden-Mantel

schwarz die große Mode prima Qualität alle Weiten

35.50

Der elegante Paletot

schwarz Eskimo mit Samtkragen auf prima Futter

22.50

Anzüge

zum Ausschuchen nur reelle Stoffe

36.50

Sport-Anzüge

in guten Qualitäten größte Auswahl

Alle Waren sind eigener Anfertigung!

Befürchten Sie meine gewaltigen Lager!

L. PRAGER, Albrechtsstraße Nr. 51

Gegr. 1860

(Eingang nur Ecke Schuhbrücke)

Gegr. 1860

Stadt-Theater

Dienstag 7 1/2 Uhr:
 Das verjämte Lächeln
 Donnerstag 8 Uhr:
 Hoffmanns Erzählungen
 Gastspiele Kammerlänger
 Sigard Mayr aus der Wiener Staatsoper: 10054
 Mittwoch 7 Uhr:
 Der Rosenkavalier
 Freitag 7 Uhr:
 Zauberflöte

Bereinigte Theater

Lobetheater
 Dörfingerstr. 8, Tel. 96.6774.
 Dienstag 8 Uhr: Hans Sonnenhüblers Höllefahrt.
 Mittwoch 8 Uhr: Schneewittchen und die sieben Zwerge
 Donnerstag 8 Uhr: Hans Sonnenhüblers Höllefahrt
 Theatraltheater
 Schmersdorferstr. 3, Tel. 96.6700
 Dienstag 8 Uhr: Der wahre Jakob.

Schauspielhaus

Operettenbühne.
 Tel. Stephan 37460.
 Dienstag und Mittwoch 8 Uhr:
 In neuer Vorbereitung:

Die Dollarprinzessin

Donnerstag 8 Uhr:
 Auftreten Walter Jaekuhn in neuer Ausstattung:

Der Orlow

Freitag 8 Uhr: 10055
 Auftreten Walter Jaekuhn

Wiener Blut

Sonntag 8 Uhr:
 Gastspiel Elli Lexy
 Auftreten Walter Jaekuhn
 In neuer Ausstattung:
 3. u. 1. Male:

Die Teresina

Samstag nachmittag 3 1/2 Uhr:
 In neuer Vorbereitung:

Die Dollarprinzessin

Samstag und Sonntag 8 Uhr:
 Gastspiel Elli Lexy
 Auftreten Walter Jaekuhn
 In neuer Ausstattung:

Die Teresina

Berthold Lippert,
 Heinrichstraße 16.

Liebig-Theater

Telefon: Stephan 34646.
 Täglich 8 Uhr:
 Der Sensations-Erfolg
 des
 Januar-Programms

Linga Singh

Der indische Zauberer.
 Heinrich Kohlbrandt
 Rheinischer Humor.

Jencchs Löwen

Eintrittspreise von 0.75 an
 Jeden Sonntag 3 1/2 Uhr:
 Nachmittags-Vorstellung
 zu halben Preisen!
 Jugendliche haben Zutritt!

B. Wollferge

Str. 1-50-200 Stk. Käper
 Str. 70 Stk. Seemanns Wtr.
 45 Stk. bis 1.30 Stk. Komet
 unter 90 Stk. bis 1.30 Stk.
 Garn 1000 Meter in einem
 Karton 40 bis 90 Stk. 6000
 Seemulle 700 Gramm 65 Stk.

Berthold Lippert

Heinrichstraße 16.

Wolfsburg

Hur bis Donnerstag!
 Das gewalt. Abenteuer:
 Die Millionenraubzüge

Der rote Freibenter

Eine sensationelle Begebenheit
 aus dem Jahre 1800.

Roggen - Gold Weizen - Gold

Die führenden Breslauer Kornmarken!
 Carl Schindler & Co. K. a. A.

Kornbrennerei seit 1702

Ein Wort an die Buchkarten-Buchbezieher und an alle, die es noch nicht sind!

Buchkarten-Buchbezieher

Die Nachfrage nach Corvins Buch „Der Pfaffenpiegel“ war äußerst reg. Nicht weniger als eintausend Exemplare verkauften wir in den letzten Jahren. Noch hält die Nachfrage unvermindert an. Die Vorzugsexemplare zum Preise von 2 Mark sind jedoch **endgültig** vergriffen. Wir ersahen aber aus der überaus starken Nachfrage, wie groß das Verlangen nach Aufklärung in der klassenbewußten Arbeiterschaft ist. Das veranlaßte uns, ein **neues, weitaus umfangreicheres** Werk zu besorgen. Es ist dies Emil Rosenow's „**Wider die Pfaffenherrschaft**“, Kulturbilder aus den Religionskämpfen des 16. und 17. Jahrhunderts, **2 Bände**. Das Werk ist bereits im Buchhandel vergriffen. Die **Restauflage** (in unserem Besitz) können wir jedoch **an parteipolitisch und gewerkschaftlich Organisierte zum billigen Preise von 9 Mark**, statt bisher 20 Mark, abgeben. Emil Rosenow's Absicht war es, in ebenso populärer wie interessanter und dabei doch gründlicher Form einen wichtigen Abschnitt aus der Kulturgeschichte der Völker zu schildern und damit die Kenntnis des geschichtlichen Werdegangs der menschlichen Gesellschaft unter den Arbeiten zu verbreiten und zu vertiefen. Um den Leser noch besser in den Geist dieser Kulturzustände einzuführen, sind Hunderte von lehrreichen und interessanten Meisterwerken der Künstler jener Zeiten, wie Porträts, Städteansichten, Flugblätter, Textbilder usw. in originalgetreuen Wiedergaben zur Illustration beigelegt. Wir lassen noch die Inhaltsangabe folgen, um weiter zu zeigen, wie besonders wortvoll gerade dieses Werk ist.

Erster Teil:

1. Eine zusammenbrechende Welt
2. Von der Revolution zur Welt-herrschaft.
3. Bei den Fürsten der Armut.
4. Von den Ketzern, den Nonnen und den Koenen.
5. Weintier, Zombi und Beise-stuhl.
6. Brich mit den Armen dein Brot.
7. Die Heberik der Pfaffen.
8. Panorama der Pfaffenkammer.

Zweiter Teil:

9. Die Erde und die Ketz.
10. Das Erwachen des Geistes.
11. Der Ausgangspunkt der Re-formationen.
12. Der Kampf, der Papst und der Kaiser.
13. Am Vorabend der Revolution.
14. Die schwäbisch-fränkische Bauernrevolution.
15. Die thüringisch-sächsische Bauernrevolution.
16. Das Ende der Bauernkriege.
17. Der Untergang des mittel-alterlichen Humanismus.
18. Kirchenreform und Keizerver-kerungen in der Schweiz.

Dritter Teil:

19. Die Zerrüttung des Protestantismus.
20. Die Gesellschaft Jesu.
21. Die Religionskriege.
22. Die Ketzprozesse.
23. Die Ketzerei des Dreißig-jährigen Krieges.
24. Der dreißigjährige Krieg.
25. Die Gustav Adolf-Legende.
26. Deutschland nach den großen Kriegen.
27. Rückblick und Ausblick.

Durch die von uns eingeführte Buchkarte ist jedermann in der Lage, sich dieses bedeutende Werk anzuschaffen, da er es Wochenraten von nur 50 Pf. bezahlen kann. Die Buchkarte gilt jedoch nur für hiesige politisch und gewerkschaftlich Organisierte.

Volkswacht-Buchhandlung

Brosen III, 10000 Grapenstraße 2.

Victoria-Theater

Telefon Ring 2297

Gustspiel: Blatzheim

Ab heute: Täglich 8 1/4 Uhr:

Zwangseinquartierung

Ein Schwankspiel aus unserer Zeit in 3 Akten von Bach und Arnold

1. Akt: Der Herr Wohnungskommissar
2. Akt: Drunter und Drüber
3. Akt: Dienstboten-Hufstäten

Der größte Lachschlager

Vorher:

Varieté-Schau

Alles fliegt

50 Pf. bis 3.00 Mk.

Telefon: Ring 3824.

Zirkus Straßburger

Täglich 7 1/2 Uhr:

Der Zirkus des Volkes!

bei volkstümlichen Eintrittspreisen.

!! Neueinführung !!

Jeden Mittwoch, Sonnabend, Sonntag,
 3 1/2 Uhr nachmittag.

Großes Programm.

Halbe Preise f. Erwachsene u. Kinder.

Morgen Mittwoch auch 3 1/2 Uhr nachmittag.

Billiger Fleischverkauf!

Schweinefleisch Pfd. 1.00—1.10 Mk.
 Suppenfleisch Pfd. von 75 Pf. an
 Rindfleisch ohne Knochen Pfd. 1.00—1.20 Mk.
 fettes Hammelfleisch Pfd. 80—90 Pf.
 Rauchfleisch Pfd. 1.30—1.40 Mk.
 Räucherpack Pfd. 1.30 Mk.
 Frischer Speck u. Lungenzeit Pfd. 1.10 Mk.
 Gekochtes Pfd. 80 Pf.
 Knoblauchwurst Pfd. 80 Pf. u. 1.00 Mk.

sowie alle anderen Fleisch- und Wurstwaren zu billigsten Preisen empfiehlt

Adolf Weiß, Moltkestr. 13

Fernsprecher R. 2669.

„Lachen links!“

Das Witzblatt der Republik

Heft 29 Pfennige.

Zu beziehen durch die Buchhandlung Volkswacht und die Zeitungsträgerinnen

Proletarier!

Die Volksschule als Einheitschule

Von Dr. Max Apel.

Beseitigt die Hindernisse des Sprachschranken! Lernt die Weltsprache Esperanto, die von Arbeitern aller Nationen gesprochen und verwendet wird

Bestellungen werden von der Expedition dieses Blattes sowie von hiesigen Kolportageur entgegengenommen

Arbeitsmarkt!

Schmiedelehrling

auch solchen, der schon gelernt hat, stellt bald bei voller Beschäftigung ein

10000

Paul Weiß, Schmiedestr. 13, Hr. Markberg.

Sozialdemokratische Partei Gewerkschaftsbund, Zimmer 36

- Distr. 1. Donnerstag, den 7. Januar, abends 7 Uhr. wichtige Funktionär-Sitzung bei Genossen Lugaas. Die Kassierer bringen die Abrechnungsbücher mit. Distr. 17. Donnerstag, den 7. Januar, abends 7 1/2 Uhr. wichtige Funktionär- und Streckenleiter-Sitzung bei Heinrich Dellmerich, Westafelstraße 14. Alles muß erscheinen. Distr. 24. Donnerstag, abends 8 Uhr. wichtige Funktionär-Sitzung im „Schwendfeldt“, Schwendfeldtstraße. Distr. 30. Alle Funktionäre treffen sich Mittwoch, den 6. Januar, abends 7 1/2 Uhr, bei Hartmann, Lehmsgrabenstraße 50, zwecks Vorbereitung der Neuwahl der Distriktsleitung. Distr. 35. Donnerstag, abends 7 Uhr. wichtige Funktionär-Sitzung beim Distriktsführer in der Wohnung. Pünktliches Erscheinen ist Pflicht. Distr. 37. Mittwoch, den 6. Januar, abends 8 Uhr. Sitzung der Funktionäre bei Exner, Schönstraße. Distr. 38. Freitag, den 8. Januar, abends 6 Uhr. wichtige Funktionär-Sitzung beim Distriktsführer, Opperauer Straße 19.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 5. Januar.

Wanderversicherte.

Leider sind die wichtigsten Bestimmungen unserer Sozialversicherung viel zu wenig bekannt. Diese Beobachtung muß man jeden Tag machen. Gewiß kann sich jeder Versicherte eine Reichsversicherungsordnung kaufen und sie studieren. Es gibt aber sonst noch genug Mittel und Wege, sich wenigstens mit den wichtigsten Bestimmungen der Arbeiter- und Angestelltenversicherung vertraut zu machen. Gerade die Arbeiterpresse tut durch Artikel und Abhandlungen von Fachleuten viel, um ihren Lesern Kenntnisse zu vermitteln. Es sollte sich auch jeder Versicherte von seiner Krankenkasse und einer Landesversicherungsanstalt eine Sichtung geben lassen, welche kostenlos ausgehändigt wird und die meist eine gedrängte Uebersicht der Leistungen des betreffenden Versicherungsträgers gibt. Am wenigsten Klarheit herrscht über die Bestimmungen der Angestellten- und Invalidenversicherung. Gerade bei diesen beiden Versicherungszweigen kommt es auf eine genaue Einhaltung der Vorschriften an, will der Versicherte nicht aller Ansprüche verlustig gehen.

Ein besonderes Kapitel in der Angestellten- und Invalidenversicherung bilden die sogenannten „Wanderversicherten“. Wie wohl allgemein bekannt sein wird, sind sämtliche Hausarbeiter bei der Invalidenversicherung versichert, während die Angestellten und ähnliche Berufe ihre Sonderentscheidung in der Angestelltenversicherung haben. Wanderversicherte sind nun solche Angestellte, die Beiträge zur Angestelltenversicherung und zur Invalidenversicherung geleistet haben. Vor dem 1. Januar 1923 war es möglich, daß eine Person gleichzeitig bei beiden Versicherungszweigen versicherungspflichtig war. Diese Bestimmungen sind nun aufgehoben. Es gibt vier verschiedene Arten von Wanderversicherten: 1. die früher vor Beseitigung der Doppelversicherung für ein und dieselbe Tätigkeit gleichzeitig Pflichtbeiträge zu beiden Versicherungen geleistet haben, 2. die nach Art ihrer Tätigkeit erst in der einen Versicherung waren und dann zu der anderen übergetreten sind, 3. die auf Grund mehrerer gleichzeitiger, verschiedenartiger Beschäftigungsverhältnisse bei mehreren Arbeitgebern sowohl in der Angestellten- als auch in der Invalidenversicherung versichert sind und 4. die gleichzeitig oder nacheinander zur Invaliden- und Angestelltenversicherung freiwillig oder zu der einen Versicherung freiwillig, zur anderen Pflichtbeiträge geleistet haben. Die Art der Wanderversicherten ist also ziemlich groß. Die Zahl der Personen, die gleichzeitig oder hintereinander Beiträge zu beiden Versicherungen geleistet haben, ist so groß, daß man sie nicht angeben kann.

Nach den jetzigen gesetzlichen Bestimmungen rechnen die Beiträge, die zu der einen Anstalt gezahlt werden, bei der anderen mit. Gerade hierüber herrscht in der Öffentlichkeit noch große Unklarheit. Wir müssen deshalb im Interesse der Versicherten, und um dieselben vor Nachteilen zu bewahren, einmal auf die Sache eingehen. Die in der Invalidenversicherung gezahlten Beiträge werden in der Angestelltenversicherung für die Anwartschaft mitgerechnet. (Unter Anwartschaft versteht man die gesetzlich festgesetzte Mindestzahl von Marken, die ein Versicherte in einem gewissen Zeitraum verwenden muß, um seine Ansprüche aufrecht zu erhalten.) Es werden jedoch nur die Invalidenmarken bei der Anwartschaft zur Angestelltenversicherung mitgerechnet, die zeitlich mit den verwendeten Angestelltenversicherungsmarken nicht zusammenfallen. Als ein Beitragsmonat zur Angestelltenversicherung werden hierbei vier Invalidenmarken gerechnet. In gewissen Fällen werden die Invalidenmarken auch mit angerechnet, wenn sie zeitlich mit den verwendeten Angestelltenmarken zusammenfallen. Für die Wartezeit zur Angestelltenversicherung rechnen gesetzliche Invalidenmarken nicht mit. (Unter Wartezeit versteht man die Zeit, die eine Person bei der Versicherung Mitglied sein muß, ehe es an die Leistungen Anspruch hat.)

Bei der Invalidenversicherung werden die etwa entrichteten Angestelltenbeiträge wie folgt mitgerechnet: Bei der Anwartschaft werden sie mitgerechnet, wenn sie zeitlich mit den gesetzlichen Invalidenmarken nicht zusammenfallen. Fallen sie mit den gesetzlichen Invalidenmarken in der Zeit zusammen, werden sie nur unter gewissen Umständen angerechnet. Für die Wartezeit rechnen die gezahlten Angestelltenversicherungsbeiträge als freiwillige Beiträge mit.

Während wir bis jetzt festgestellt haben, ob und unter welchen Umständen die verschiedenen Beiträge bei der Anspruchsberechtigung auf Leistungen mitzurechnen, wollen wir nun anführen, wie und ob die verwendeten Beiträge auch bei der Höhe der Leistungen ins Gewicht fallen.

Eine Rentenleistung wird grundsätzlich nur aus einer Versicherung gewährt. Bei den Wanderversicherten ist die Anwartschaftspflichtig, bei welcher der Versicherte durch genügende Wartezeit und Anwartschaft der Anwartschaft Anspruch hat. Hat ein Wanderversicherter die Voraussetzungen zum Erhalt einer Rente weder bei der Invalidenversicherung noch bei der Angestelltenversicherung erfüllt, bekommt er nur Rente aus der Angestelltenversicherung. Der Versicherte bekommt aber neben den Rentenleistungen aus der Angestelltenversicherung noch die Steigerungssätze der bis 30. September 1921 (Klasse II bis V) und der nach dem 1. Januar 1924 gültig verwendeten Invalidenmarken. (Unter Steigerungssatz wird der Betrag verstanden, um den sich der Grundbetrag der Rente nach der Höhe und Zahl der verwendeten Marken erhöht.)

Hat der Wanderversicherte die Voraussetzungen auf Erhalt der Rente nur bei der Invalidenversicherung erfüllt, so erhält er nur deren Leistungen zusätzlich der Steigerungssätze aus den zur Angestelltenversicherung aus der Zeit vom 1. Januar 1913 bis 31. Juli 1921 in den Gehaltsklassen I bis J und vom 1. Januar 1924 ab gültig entrichteten Beiträgen.

Wohlgemerkt kann zusammengefaßt werden, daß die Rente, die der Versicherte nur aus einer Versicherung erhält, auch wenn Ansprüche zu

allen beiden Versicherungen gegeben sind. Die gewährte Rente erhöht sich aber um die Steigerungssätze der zu der anderen Versicherung entrichteten Beiträge.

Es entsteht nun die Frage, ist eine Versicherung in beiden Anstalten zu empfehlen? Ist es ratsam neben Invalidenmarken noch Angestelltenversicherungsmarken zu haben und umgekehrt? Ein Wanderversicherter braucht sich für die Zeit, für die er Beiträge zur Angestelltenversicherung leistet, in der Invalidenversicherung nur dann freiwillig weiter zu versichern, wenn er auf die Erhöhung seiner späteren Rente um die oben genannten Steigerungssätze Wert legt. Ein Wanderversicherter, für welchen Beiträge zur Invalidenversicherung freiwillig weiter zu leisten, wenn er die Wartezeit in der Angestelltenversicherung bereits erfüllt, so braucht er zu dieser Versicherung nur noch Beiträge zu leisten, wenn er auf die Steigerungssätze Anspruch erheben und wenn er eventuell ein Heilversahren bei der Angestelltenversicherung haben will. Hier ist jedoch zu bemerken, daß sich bei der Angestelltenversicherung herunsunfähige Personen nicht freiwillig versichern können. Kurz zusammengefaßt heißt dies: Eine Weiterzahlung der Beiträge zu beiden Versicherungen ist zu empfehlen, da dadurch die Renten um und durch die Steigerungsbeträge höher werden.

Es empfiehlt sich jedoch, in allen schweren und zweifelhaften Fällen Rat bei den Krankenkassen, Versicherungsanstalten oder bei den Vertrauensmännern der Angestelltenversicherung einzuholen.

Zur Erinnerung.

Wie schon dieser Tage erwähnt, haben die Deutschnationalen in der Breslauer Stadtverordneten-Versammlung kurz vor Jahreschluss den Hafenkreuzprofessor Rudolf Scholz bei sich eingeladen, um zusammen mit der Volkspartei „stärkste Fraktion“ zu spielen, und so den Völkern des Stadtbezirk-Vorstandes weiter besetzt halten zu können. Nach dem Tode dieses Rudolf Scholz ist, das wissen die Leser unserer Stadtverordnetenberichte, aber um einen Fall bei hiermit erinnert. Es war in der Sitzung vom 2. Juni. Zur Debatte stand die Frage eines Denkmals oder einer Gedenktafel am Rathaus für die beim Rapp-Putsch ermordeten Arbeiter. Bei dieser Gelegenheit bedauerte Scholz, daß der Rapp-Putsch nicht glücklich sei, und der deutschnationale Vorbeher Dr. Friedrich hielt es nicht für notwendig, diese ungeheuerliche Erklärung, die eines Stadtverordneten unwürdig war, auch nur mit einem Wort zu rügen.

Steuertaxender für Januar 1926.

- 11. Januar: Umsatzsteueranmeldung und Vorauszahlung der Monatszahler für Dezember 1925, der Vierteljahrszahler für Oktober bis Dezember 1925. Schonfrist eine Woche. Der eigentliche Termin vom 10. Januar ist, da er ein Sonntag ist, um einen Tag hinausgeschoben, ebenso die Schonfrist.
- 11. Januar: Einkommensteueranmeldung und Vorauszahlung für das letzte Vierteljahr 1925. Schonfrist eine Woche. Termin und Schonfrist sind infolge des Sonntags um einen Tag hinausgeschoben.
- 11. Januar: Körperschaftsteueranmeldung und Vorauszahlung. Siehe Einkommensteuer.
- 15. Januar: Grundvermögensteuer nebst Gemeindefuhrschlag (in Breslau 200 Prozent) und Hauszinssteuer (700 Prozent der staatlichen Grundvermögensteuer).
- 15. Januar: Lohnabzug für die Zeit vom 1. bis 10. Januar 1926. Keine Schonfrist.
- 25. Januar: Lohnabzug für die Zeit vom 11. bis 20. Januar 1926. Keine Schonfrist.

Zahlungen an Gewerbesteuer erfolgen nicht, da fortan diese Zahlungen am 15. des zweiten Monats eines jeden Vierteljahres zu entrichten sind.

„Die Stadt bezahlt die Beamten zu gut“.

Neben sonstigem Schwach, den arbeitnehmerfeindliche Kreise dauernd verbreiten, spielt auch die Behauptung eine Rolle, daß die Breslauer Beamten zu gut bezahlt resp. zu hoch eingruppiert sind. Der Schwach findet auch in unseren Kreisen manchmal Glauben, obwohl der Vorsitzende des Magistratsausschusses für die Beamtenbildung, der Sozialdemokrat Neukirch, und der Vorsitzende des Stadtverordnetenunterausschusses für den gleichen Zweck, der Sozialdemokrat Dars, ist, die beide nicht wissen, inwiefern unter ihren Augen eine Gleichwidrigkeit erfolgt wäre, wie sie eine zu hohe Eingruppierung von Beamten doch darstellen würde.

Was es mit der „zu guten Bezahlung“ und Befandenes der „zu hohen Eingruppierung“ wirklich auf sich hat, dafür liefert eine Vorlage, die die Stadtverordneten in der nächsten Versammlung beschließt, ein praktisches Beispiel. Der bisherige Leiter der Volkswirtschaftlichen und Lehrstellen, Direktor Dr. Kronsthal, tritt am 1. April in den Ruhestand. Der Magistrat teilt nun mit, daß es sich bei der Ausschreibung der Stelle herausstellte, daß bei der Beförderung der Stelle nach Gruppe 10 kein irgendwie geeigneter Bewerber zu finden ist. In allen verbleibenden heranzuziehenden Städten mit Volkswirtschaftlichen und Lehrstellen von ähnlichem Umfange wie in Breslau, zum Beispiel in Dresden, Düsseldorf, Elberfeld, Essen, Köln, Leipzig, Magdeburg usw., werden die Leiter nach Gruppe 12 besetzt. Dabei steht Breslau der Zahl der Beamten und Lehrstellen nach an der Spitze sämtlicher Volkswirtschaftlichen Deutschlands und nimmt bezüglich der Anzahl der vorhandenen Hände die zweite Stelle ein. Die Stadtverordneten sollten daher genehmigen, die Stelle vom 1. April 1926 ab in die Gruppe 11 der städtischen Befolgsordnung einzuzureichen.

Das Gerübe von dem zu gut bezahlten oder zu gut eingestuftem Beamten steht auf derselben Stufe, wie das von dem zu gut bezahlten Arbeiter. Es sind die Feinde der Arbeitnehmer, die so etwas erfinden. Arbeiter und Beamte haben allen Anlaß, besonders bei Wahlen, ihren Feinden und Neidern in geschlossener Front gegenüberzutreten.

Verkehrshilfsabzeichen für Blinde.

Von der heutigen wirtschaftlichen Verelendung unseres Volkes werden wohl die Blinden mit am härtesten betroffen. Die meisten von ihnen müssen sich, wenn sie ihrem Beruf nachgehen und überhaupt bei Erledigung notwendiger Gänge, ohne Begleitung einer sehenden Person auf die Straße wagen und sind den mannigfaltigen Gefahren des Großstadtverkehrs ausgesetzt, weil sie nicht mehr die Mittel aufzubringen vermögen, die durch einen sehenden Begleiter entstehenden Unkosten zu bestreiten. Auch der Führerhand verliert bei dem ständig zunehmenden Großstadtverkehr mehr und mehr an Bedeutung und ist auch für die meisten Verkehrsblinden zu kostspielig. So ist denn der Blinde im Straßenverkehr auf den Schutz und die Hilfsbereitschaft seiner sehenden Volksgenossen angewiesen. In dem heutigen Hasten und Jagen aber bleibt der Blinde meist unbeachtet, da es ihm sehr oft nicht möglich ist, sehende Personen im gegebenen Augenblick um Hilfe anzusprechen.

Um nun den allein gehenden Blinden im Straßenverkehr jederzeit für Lenker von Fahrzeugen, für Kabfahrer, für die Beamten der Straßenbahn und der Verkehrspolizei und für das Publikum kenntlich zu machen, hat der Blindenwohlfahrtskongress in Stuttgart beschlossen, für die Blinden ein Verkehrs-

abzeichen einzuführen. Als solches wurde das internationale Verkehrsschild — gelber Grund mit drei schwarzen Punkten — gewählt, das als Armbinde von den alleingehenden Blinden getragen wird. Da der hiesige Blindenverein „Eintracht“ seine Mitglieder nun auch mit der gelben Armbinde ausgerüstet hat, und die gelbe Armbinde im Strahlenbild Breslaus bereits in Erscheinung tritt, bitten wir jeden unserer sehenden Mitbürger, der einen Träger der gelben Armbinde begegnet, sich bemüht zu werden, daß es ein Blinder ist, der seines Schutzes und seiner Hilfe sich dankbar anvertrauen will. Helft den Blinden, die die Not der Zeit zwingt, sich den Gefahren der Straße ohne Schutz und Hilfe auszusetzen!

Karl Barisch,

Vorsitzender des Blindenvereins „Eintracht“ (E. V.) zu Breslau.

Verfehlungen eines Eisenbahnbeamten.

Die Pressestelle der Reichsbahndirektion Breslau teilt mit: Die Pressestelle der Reichsbahndirektion teilt mit: Seit einiger Zeit wird von der Fahndungsstelle der Reichsbahndirektion Breslau gegen den Eisenbahn-Materialieninspektor Jurjanz, der bisher das Hauptkassier der Werkstättenamts 3 Breslau verwaltet hat, eine Untersuchung wegen wiederholten Betruges in Lateinbeit mit Urkundenfälschung geführt. Jurjanz wird beschuldigt, in Gemeinschaft mit einigen Lieferanten die Eisenbahnverwaltung dadurch größere Geldbeträge — es dürften etwa 30 000 Reichsmark in Frage kommen — geschädigt zu haben, daß Lieferungen wiederholt nur teilweise ausgeführt, von der Eisenbahnverwaltung aber voll bezahlt worden sind. Es ist, nachdem sich die Beweise für seine Schuld sehr verdichtet hatten, am 8. Dezember 1925 in Untersuchungshaft genommen worden. Die weitere Untersuchung wird nunmehr vom Gericht im Benehmen mit unserer Fahndungsstelle geführt.

Der stellvertretende Vorstand des Reichsbahnenamts 3, Reichsbahnamtmann Siffenbach, hat sich einige Tage nach Beginn der gegen Jurjanz eingeleiteten Erhebungen erkundigt. Nach den bisherigen Feststellungen liegt jedoch ein strafbares Wirksamwerden des Siffenbach nicht vor. Siffenbach hat dem Jurjanz, der ihm unterstellt war, nur ein zu großes Vertrauen entgegengebracht, das Jurjanz bei Ausführung seiner Verfehlungen mißbraucht hat.

Der Preussische Landesverband der Haus- und Grundbesitzervereine

veranstaltete am vergangenen Sonntag im Breslauer Konzerthaus unter Teilnahme aus der gesamten Provinz eine gut besuchte Versammlung, um zu der Spaltung innerhalb des schlesischen Hausbesitzes Stellung zu nehmen und eine Einigung zu versuchen. Infolge einer dreißigminütigen Rede des Vorsitzenden des Landesverbandes, Ladendorff, M. d. L. (Wirtschaftspolitiker), in der er in sehr langen Ausführungen zu persönlichen Dingen Stellung nahm, wurde die Versammlung derart erregt, daß an eine sachliche Auseinandersetzung nicht mehr zu denken war. Nach mehrfachen Ermahnungen und beständigen persönlichen Zusammentritten löste sich die Versammlung selbst auf.

In dem Hauptreferat über „Die Organisation des Realcredits für den deutschen Hausbesitz“ machte Ladendorff kurz mit einer neuen Schlichtungsorganisation, der „Bank für Hypothekensicherung“, bekannt, deren Ziel es ist, die Hausbesitzer vor den Schwierigkeiten zu bewahren, die 1932 eintreten werden, wenn die Hypotheken fällig sind.

Es folgte diesem Referate noch ein kurzer Vortrag über „Die neuen Gesetzesvorlagen zum Abbau der Zwangswirtschaft“, der den bekannten Hausbesitzerstandpunkt für freie Wirtschaft vertrat, ohne Neues zu bringen.

Ein gewissenloser Heiratschwindler.

Trotz seiner erst 25 Jahre ist der Schweizer Erwin O'Drange bereits achtmal verheiratet, darunter auch schon mit 3 Jahren Zuchthaus wegen Rückfalldiebstahls. Nach Verhöhnung dieser Strafe bekam er eine Beschäftigung auf dem Dominium Karauisch. Hier hatte er bald in Erfahrung gebracht, daß die erste Ehefrau einige Ersparnisse hat. Er knüpfte nun schnell mit ihr ein Liebesverhältnis an, um ihr das Geld abzusaugen. Als er aber 200 Mark zur Anschaffung eines Jahresrades haben wollte, schlug sie ihm dies ab. Das Mädchen interessierte ihn jedoch durchaus nicht, nur ihr Geld. Darum benutzte er auch die erste Gelegenheit, um ihr das Geld zu stehlen. Mit den 200 Mark begab er sich nach Breslau, wo er in einigen Stunden die lauren Ersparnisse des Mädchens durchgebracht hatte. Das Mädchen erstattete Anzeige, worauf O'Drange verhaftet wurde. Jetzt stand er vor dem Einzelrichter, um sich wegen Diebstahls in 10 Mark zu verantworten. Der Richter verurteilte ihn mildernde Umstände und erkannte gegen ihn auf ein Jahr Zuchthaus, 6 Wochen wurden ihm auf die Untersuchungshaft angerechnet.

Unverständliches Benehmen.

Eine unüberlegte Tat hat dem 25 Jahre alten Arbeiter S. eine Gefängnisstrafe von 3 Wochen eingebracht. Am Nachmittag des 10. Oktober kam er mit anderen arbeitslosen Kollegen die Polstraße entlang. In der Ecke Marktstraße sahen sie einen Stahlschlepper in ein Geschäft gehen. Sie stellten sich nun vor dem Geschäft auf und wollten warten, bis der Mann wieder herauskam. Da sich der Stahlschlepper bedroht glaubte, schied er zur Polizei und ließ Beamte zu seinem persönlichen Schutz herbeirufen. Da den Beamten gesagt worden war, es handele sich um eine politische Angelegenheit, mußten sie, entsprechend den Vorschriften, die Namen sämtlicher Beteiligten feststellen. Anstatt nun ihre Namen einfach zu nennen, denn sie hatten ja niemandem etwas getan, verweigerte S. dessen Namen zuerst festzustellen werden sollte, diesen. Seinem Beispiele folgten nun auch die anderen. Auch der Aufforderung, auf die Waage mitzugehen, leistete S. keine Folge und schlug dem Polizeibeamten unverständigerweise in die Seite. Nun wurde S. zunächst gefesselt, später aber wieder davon befreit, weil er nun bereit war, mit zur Waage zu gehen. Sein Benehmen gegen den Beamten hatte ihm aber eine Anklage wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt eingebracht. Im Konig vor dem Kleinen Schöffengericht war er geständig. Es wurden ihm mildernde Umstände verweigert, da er wegen Körperverletzung schon verurteilt ist und er zu 2 Wochen Gefängnis verurteilt. S. erklärte, sich bei dem Urteil beruhigen zu wollen. Der Staatsanwalt hatte 4 Wochen Gefängnis beantragt.

Ein heller Beweis.

Eine prächtige Dame scheint Frau K. zu sein, die vor einiger Zeit aus Oberschlesien nach Breslau zugezogen ist. Sie besitzt in Oberschlesien eine Zementfabrik und ein Geschäft, die von einem Pächter Dr. St. verwaltet wurden. Als ihr dieser nicht mehr zusagte, erwarb sie eine einseitige Verfügung, kraft welcher Dr. St. seines Amtes als Pächter verlustig wurde. Sie engagierte nun einen Herrn W. aus Breslau, der auf Grund der schönen Verprechungen von Frau K. seine hiesige Stellung aufgab, um Generalvollmächtigter von Frau K. zu werden. Er zahlte auch 900 Mark als Geschäftseinkauf ein und sollte monatlich 250 Mark Gehalt bekommen und Provision. Er bekam aber dann kein Gehalt, nur ungenügendes Essen, Frau K. zahlte in der Kantine 5 Mark für 4 Personen; die einseitige Verfügung gegen Dr. St. wurde auch aufgehoben, so daß dessen Pachtvertrag noch 9 Jahre Gültigkeit hat. Herr W. verlangte nun Zahlung des Gehalts für 5 Monate. Er hätte hier eine gute Stellung aufgegeben, angelockt durch die schönen Verprechungen von Frau K., die sich aber leider nicht erfüllt haben. Jetzt sei er finanziell ruiniert. In der ersten Verhandlung vor dem Kriminalgericht führte der Vertreter des Klägers aus, daß die Angaben der Beklagten,

Gewerkschaftsbewegung.

Ein amerikanisches Unternehmerprogramm.

Steigerung der Löhne, Senkung der Produktionskosten.

Nach einem Bericht des „American National Industrial Conference Board“, einem wirtschaftlichen Forschungsinstitut der Unternehmer, hätte die Verringerung der Produktionskosten eine Herabsetzung der Lebenskosten zur Folge, was einer Lohnsteigerung gleichkommt, sofern man unter Reallohn die Kaufkraft des Verdienstes des Arbeiters versteht.

Diese Erkenntnis ist übrigens je nach den verschiedenen Industrien verschieden. Die Eisen- und Stahlindustrie wird als Beispiel dafür angeführt, welche Möglichkeiten die Modernisierung der Arbeitsmethoden eröffnet. Während der Lohnsatz in dieser Industrie ungefähr 140 Prozent höher ist als vor dem Kriege, ist der Durchschnittspreis für die Erzeugnisse nur um 34 Prozent höher als 1914, das heißt die Löhne der Arbeiter in der Eisen- und Stahlindustrie sind mehr als 2½ mal höher als vor dem Kriege, die Preise sind dagegen nur um ein Drittel gestiegen.

Eine Verringerung der Produktionskosten ist auch in der Automobilindustrie zu beobachten, wo die Lohnhöhe den Friedensstand um 122 Prozent übersteigt, während die Durchschnittspreise für Automobile 29 Prozent über den Preisen von 1914 liegen. Auch in der chemischen Industrie ist eine ähnliche Entwicklung zu beobachten.

Die Steigerung der industriellen Leistungsfähigkeit in den Vereinigten Staaten kommt in folgendem Zustand zum Ausdruck:

Tatsächlich erhält der Arbeiter, wenn man seinen Lohn nach der Kaufkraft bewertet und wenn man gleichzeitig die Steigerung der Kleinhandelspreise berücksichtigt, einen Reallohn, der um 24 Prozent höher ist als sein Lohn zu Beginn des Krieges und um 5 Prozent höher als sein Höchstlohn während der Teuerung im Jahre 1920.

Diese Feststellungen sind um so bemerkenswerter, wenn man ihnen die kühnen Klagen der deutschen Unternehmer gegenüberüberhält, die angeblich zu hohen Lohnkosten, Geld zur Korruption der Arbeiterbewegung, zur Ausschaltung der Stillen, zur Bekämpfung des Wirtschaftsentages, das können unsere Unternehmer noch aufbringen. Für Geld zur Produktionssteigerung, zur Bekämpfung der Verschwendung an Zeit und Kraft in der Industrie, dazu langt es nicht.

Ein Hotel des kleinen Mannes.

Eine Heimstätte des ADGB in Hamburg.

Der ADGB in Hamburg hat die Absicht, noch in diesem Jahre ein großes Hotel zu bauen und in Betrieb zu nehmen, um auch dem kleinen Manne, insbesondere dem Arbeiter, ein lauberes und willkürliches Heim zu schaffen, in dem zu erschwinglichen Preisen Unterkunft zu haben ist.

„Die ungeheuer frühzeitige Frostperiode hat an den meisten Baustellen die Arbeit unterbrochen. So ohne es auch am Nagelsweg in Hamburg, wo man gerade die Hundertarbeiten für die Heimstätte des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes beendet hat. Die Heimstätte, die schon im nächsten Jahre eröffnet werden wird (durch Schwierigkeiten bei der Fundierung hat sich das Bauprogramm etwas verzögert), soll ein Hotel, eine Unterkunftsstätte für kleine Leute und reisende Arbeiter werden. Durch äußerst niedrige Preise will man den Besuchern entgegenkommen. Die Geschäftsleitung rechnet damit, den Tagespreis auf 90 Pfennig, höchstens 1 Mark festsetzen zu können. Auch für längere Zeit wird Unterkunft geboten. Ueber eine etwaige Aufenthaltsgrenzung wird man an Hand künftiger Erfahrungen entscheiden.“

Das ganze Haus wird einen schlicht-fauleben Charakter tragen. 200 Betten werden größtenteils in Einzelzimmern zur Verfügung stehen. Nur einige zweibettige sind vorgesehen. Jedes Zimmer hat unter anderem kaltes und warmes fließendes Wasser. Die Innenarchitektur wird sich mit ihrer einfach-vornehmen Linienführung, mit den farbig gehaltenen Wänden und Treppenhäusern, mit den linoleumbelagerten Fußböden dem Stil und Sinn des Gebäudes anpassen.

Restauration, Lesesäle, Aufenthaltsräume, Bäder und Küchen werden die gewöhnlichen Ansprüche der einfachen Reisenden übersteigen und möglichst viele Eigenschaften der Neuzeit in hygienischer, wirtschaftlicher und künstlerischer Beziehung vereinigen. Dank der eigenartigen Lage am stillen Nagelsweg werden die Kellerräume alle Tageslicht haben.

Natürlich kann kein auf Erwerb gerichtetes Unternehmen solche Unterkunftsleistungen bieten. Der Bau des Hauses wurde durch weitgehendes Entgegenkommen des Staates ermöglicht. So stellt er den Bauplatz auf 10 Jahre für einen äußerst niedrigen Pachtzins zur Verfügung. Das Bauplatzkapital läßt er sich nur mäßig verzinsen. Dafür verfällt nach 50 Jahren die gesamte Anlage und Einrichtung der Stadt. In der Gesellschaft der Heimstätte sind das Gewerkschaftshaus, die Gewerkschaften und der Staat vertreten. Der Staat hat Direktor Hellmann vom Jugendamt als Aufsichtsratsmitglied eingesetzt. Das Jugendamt wird ein oder zwei Stöckwerke zur Einrichtung eines Jugendheims für zugereiste Jugendliche bis zu 21 Jahren, die er zu betreuen hat, benutzen. Man rechnet damit, vorläufig 50 Betten für diesen Zweck zur Verfügung stellen zu können.

Die Einrichtung der Heimstätte gehört in die Reihe der zahlreichen hamburgischen Beispiele dafür, daß eine private Gesellschaft der höchsten Volksorganisation, dem Staate vorarbeitet und seine Schöpfung, wenn sie groß geworden ist, dem Staate überläßt.

Der Bau selbst zeigt einen wichtigen, monumentalen Charakter, der als Vorstufe einer neuen Bauperiode in der baulich-schlecht ausgenühten, aber auch wegen schlechter Grundverhältnisse schwer zu bebauenden Gegend am Nagelsweg wirkt. Die Außenwände werden mit besten Klinkern in Kunstmauerung ausgeführt. Besonders schwierig war die Fundierung. 370 neun bis 12 Meter lange Betonpfeiler mußten unter schwierigen Umständen (schlechter Boden, leichter Bau der Nachbarhäuser) in die Erde getrieben werden. 125 000 Mark verschlang allein diese Fundierung. Seitwärts des 28,5 Meter breiten Baues liegt die Lesehalle, die den 45 Meter breiten Pachtplatz ausnutzt.“

Die Arbeitslosigkeit im englischen Bergbau.

Die Beschäftigungslosigkeit im englischen Bergbau ist bekanntlich von Mitte des Jahres 1924 ab infolge der Auswirkungen der internationalen Kohlenkrise in schnell steigendem Umfange gewachsen. Wie dem „Kohleblatt“ „Industrie-Kurier“ berichtet wird, betrug sie nach der englischen Statistik Ende April 1924 erst 25 639 Mann. Sie hat sich in den darauf folgenden Monaten fortgesetzt, teilweise sogar sprunghaft, erhöht und erreichte nach einer vorübergehenden Abnahme im Juli 1925 die Ziffer von 146 024 und im Juni eine Höhe von 314 639 Personen. Im darauffolgenden Monat ging sie alsdann um 139 306 Personen zurück und stellte sich am Ende des Juli auf 184 333 Mann. Der Rückgang erklärt sich dadurch, daß in diesem Monat infolge der Kohlenbewegung im englischen Bergbau mit der Möglichkeit eines längeren Streiks gerachet wurde, welcher Umstand erhöhte Einbedungen der Verbraucher und infolgedessen auch teilweise Besserung des Beschäftigungsstandes der Kohlenarbeiter zur Folge hatte. Das provisorische Lohnabkommen, das bis Ende April 1926 läuft, wurde bekanntlich erst am 31. Juli getroffen. In den folgenden Monaten August und September stieg daher die Beschäftigungslosigkeit weiter und erreichte Ende Dezember den Stand von 292 612 Personen. Erst im Oktober war wieder ein nicht unerheblicher Rückgang um 45 740 Arbeiter zu verzeichnen, womit die Arbeitslosigkeit am Ende des Monats Oktober die

Ziffer von 246 872 Mann erreicht. Die Besserung des Beschäftigungsstandes hat sich alsdann in den Monaten November und Dezember fast ohne Unterbrechung fortgesetzt. Maßgebend für den Ausgang der Arbeitslosigkeit waren vor allem neben der bekannten Subventionsspolitik der englischen Regierung, die den Export der britischen Kohle auch heute noch in ganz außerordentlicher Weise begünstigt, die in den Wintermonaten alljährlich zu beobachtende stärkere Belebung des Marktes, sowie die durch den amerikanischen Antikartellstreik hervorgerufene wachsende Exportnachfrage, namentlich aus überseeischen Ländern.

Die Erhöhung der Reallohn in den Vereinigten Staaten seit 1914.

Nach einem Bericht des „American National Industrial Conference Board“ hätte die Verringerung der Produktionskosten eine Herabsetzung der Lebenskosten zur Folge, was einer Lohnsteigerung gleichkommt, sofern man unter Reallohn die Kaufkraft des Verdienstes des Arbeiters versteht.

Diese Erkenntnis ist übrigens je nach den verschiedenen Industrien verschieden. Die Eisen- und Stahlindustrie wird als Beispiel dafür angeführt, welche Möglichkeiten die Modernisierung der Arbeitsmethoden eröffnet. Während der Lohnsatz in dieser Industrie ungefähr 140 Prozent höher ist als vor dem Kriege, ist der Durchschnittspreis für die Erzeugnisse nur um 34 Prozent höher als 1914, d. h. die Löhne der Arbeiter in der Eisen- und Stahlindustrie sind mehr als zweieinhalbmal höher als vor dem Kriege, die Preise der Eisen- und Stahlerzeugnisse sind dagegen nur um ein Drittel gestiegen.

Eine Verringerung der Produktionskosten ist auch in der Automobilindustrie zu beobachten, wo die Lohnhöhe den Friedensstand um 122 Prozent übersteigt, während die Durchschnittspreise für Automobile 29 Prozent über den Preisen von 1914 liegen. Auch in der chemischen Industrie ist eine ähnliche Entwicklung zu beobachten.

Die Steigerung der industriellen Leistungsfähigkeit in den Vereinigten Staaten kommt in folgendem Zustand zum Ausdruck:

Tatsächlich erhält der Arbeiter, wenn man seinen Lohn nach der Kaufkraft bewertet und wenn man gleichzeitig die Steigerung der Kleinhandelspreise berücksichtigt, einen Reallohn, der um 24 Prozent höher ist als sein Lohn zu Beginn des Krieges und um 5 Prozent höher als sein Höchstlohn während der Teuerung im Jahre 1920.

Die amerikanischen und mexikanischen Arbeiterorganisationen und die Wanderungsfrage.

Vor einiger Zeit hat eine gemeinsame Konferenz der Vertreter des amerikanischen Gewerkschaftsbundes und des mexikanischen Arbeiterbundes stattgefunden, welche einstimmig eine Erklärung über die Wanderungsbewegung zwischen Mexiko und den Vereinigten Staaten angenommen hat. Unter Anerkennung des Grundgesetzes, daß jeder Mensch das Recht haben muß, in allen Teilen der Welt hinzugehen, wo er will, verlangt diese Erklärung, daß jedermann die Pflicht hat, seine Standortveränderungen und sein Verhalten so zu regeln, daß die Höhe der Arbeitsbedingungen jeder Gruppe, der er sich anschließt, gesichert bleibt. Innerhalb jeder Gruppe, der er angehört, muß er an der Aufrechterhaltung des Lebensstandards und der bereits bestehenden Arbeitsbedingungen mitwirken. Da die Nationen bisher noch nicht erkannt hätten, daß es ihre Pflicht sei, ihre Angehörigen zu hindern, dann über die Grenze zu gehen, wenn hierbei die Gefahr einer Herabsetzung des Lebensstandards anderer Völker und eine Behrohung von deren Einrichtungen gegeben ist, hat die Konferenz die amerikanischen und mexikanischen Verbände, bei ihren Regierungen vorzulegen zu werden, damit diese den neuen Grundgedanken einer freiwilligen Beschränkung anerkennen. In der Erklärung wird auch anerkannt, daß im Augenblick der Mangel an geeigneten Unterlagen es nicht gestattet, in bezug auf gesetzliche oder verwaltungsmäßige Maßnahmen genaue Vorschläge zu machen. Dagegen wird die Einrichtung eines paritätischen Ausschusses, in welchem die beiden Verbände vertreten sind, vorgeschlagen. Der Ausschuss hat die Aufgabe, die Ein- und Auswanderungsfragen zu studieren und den Regierungen Mexikos und der Vereinigten Staaten durch den panamerikanischen Arbeitsbund genaue und befriedigende Vorschläge zu machen.

Als sofortige Maßnahme empfiehlt die Konferenz den Arbeitern, welche die internationale Grenze überschreiten, sich in dem Lande, in dem sie arbeiten, den Gewerkschaften ihres Berufes anzuschließen und die beiden Verbände haben sich verpflichtet, alles zu tun, um ihre Mitglieder zur Anerkennung dieser Grundzüge zu veranlassen.

Die Ostabteilung der japanischen Gewerkschaften.

Die Ostabteilung des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes, welche auf ihrem letzten Kongress verschiedene radikale Gewerkschaften ausgeschlossen hatte, hielt ihren Kongress am 6. September in Tokio ab. Es waren 78 Vertreter von 13 Ortsorganisationen und die Vertreter der Zentrale anwesend. Der Kongress hat folgende Forderungen beschlossen:

Besserung der Berufsausbildung der Arbeiter; Durchführung der internationalen Arbeitsvereinbarungen; Durchführung des abgedeckten Fabrikgesetzes, Förderung des Genossenschaftswesens; Arbeitslosenversicherung und die Verhütung von Arbeitslosigkeit; nationale Einheit der Gewerkschaften usw.

Ausgeschlossen wegen Tarifbruchs.

Zu der Verhöhnung des Hiesigenlegers Diazallas übermittelte uns der Baugewerksbund nachfolgende Erwidrerung:

In der Volkswachstnummer vom 19. Dezember 1925 teilten wir mit, daß der Hiesigenleger Gottlieb Diazallas, hier, Hiesigstraße 63, wegen Tarifbruchs durch die Vertreter- und Delegiertenversammlung am 17. Dezember 1925 aus dem Baugewerksbund ausgeschlossen wurde. In der „Volksmacht“ vom 30. Dezember erschien eine Berichtigung, wonach der Hiesigenleger Gottlieb Diazallas erklärte, daß unsere Behauptung, den Tarifbruch betreffend, unrichtig sei, daß er vielmehr zu tariflichen Bedingungen arbeite. Wir stellen demgegenüber folgendes fest:

Nach der Beendigung des Hiesigenlegersstreiks, der sich hauptsächlich um die Erreichung eines verbesserten Tarifvertrages und in seiner letzten Station um die Sicherung des Arbeitsnachweises drehte, arbeitete Diazallas bei der Firma Dienel, G. m. b. H., hier, Gartenstraße 91. Diese Arbeit hatte er sich unter Umgehung des Arbeitsnachweises verschafft, für den seine familiären Kollegen sechs Wochen auf der Straße lagen. Also Tarifbruch. Wegen dieses Verhaltens wurde er vor eine Werkstattraumung geladen. Er nicht erschien, worauf Gottlieb Diazallas. Nachträglich erklärte seine Ehefrau und brachte uns ein Schreiben, worin es heißt: „Hiermit erkläre ich meinen Austritt aus dem Baugewerksbund usw.“

Wir haben dann noch feststellen müssen, daß nicht nur der tarifliche Arbeitsnachweis umgangen, sondern er sich auch bei der Firma Dienel zu Montagearbeiten ohne die tarifliche Auslösung ansetzen hat. Dies kann jederzeit durch Zeugen erhärtet werden. Die Hiesigenlegerversammlung mußte selbstverständlich dazu Stellung nehmen und konnte sich durch die Austrittserklärung gar nicht beirren lassen. Denn, ob ausgetreten oder nicht, der Ausschluß mußte unter diesen Umständen sowieso erfolgen.

Rebentil demart, ist Gottlieb Diazallas während des Streiks auf Veranstaltung der Organisation mit am besten beschäftigt gewesen, obwohl er haderlos ist.

Herr Gottlieb Diazallas war sehr im Irrtum, als er glaubte, schnell aus der Organisation austreten zu müssen, damit man ihn nicht mehr am Zeuge sitzen könnte. Der Hiesigenleger Gottlieb Diazallas ist Tarifbrecher und bleibt es. Er ist deswegen aus dem Baugewerksbund ausgeschlossen und bleibt es. Wenn Herr Gottlieb Diazallas mit einem Gewerkschaften die oben geschilderte Handlungsweise verüben zu können glaubt, so ist das keine Sache. Herr Gottlieb Diazallas ist jetzt Syndikalist und wir beneiden die Syndikalisten um solche Mitglieder nicht. Damit glauben wir die Spitze Gottlieb Diazallas abschließen. Baugewerksbund.

Wirtschaft.

Aufwertung von Sparfessenguthaben.

Von Hugo Heimann.

Bei den Kämpfen um die Aufwertung hat sich die Sozialdemokratie vor allem für die Interessen der kleinen und kleinsten Sparers, also für die Besitzer von Sparfessenguthaben eingesetzt. In dem Entwurf der dritten Steuerordnung sollte diese große und bedürftige Gläubigergesellschaft der Aufwertung ausgeschlossen werden. Die Sozialdemokratie hat das verhindert. Sie hat aber nicht durchsehen können, daß Sparfessenguthaben mindestens ebenso behandelt werden wie andere Forderungen, bei denen der Aufwertungssatz auf 25 Prozent festgesetzt wurde.

Es ist klar, daß die Aufwertung der Sparfessenguthaben abhängig ist von der Aufwertung der Vermögensanlagen der Sparfassen. Die Sparfassen haben ihr Vermögen im wesentlichen in Staatsanleihen und Hypotheken angelegt. Durch die mangelhafte Hypothekenaufwertung und die sinnlose Aufwertungsart der Anleihen ist also eine schwere Benachteiligung der kleinen Sparers ein, denn sie sind es, die ihre Spargrößen zur Sparfasse tragen. Da also die Sparfassen nur soviel aufwerten können, wie sie selbst haben, so bestimmt das Gesetz, daß eine Teilungsmasse gebildet wird, die von einem Treuhänder unter die Gläubiger zu verteilen ist. Die Teilungsmasse besteht aus dem aufgewerteten Vermögen der Sparfassen und soll noch durch etwaige Zuschüsse aus dem sonstigen Vermögen des Schuldners oder aus dem Betrag, den die hinter der Sparfasse stehende Gemeinde leistet, vergrößert werden. Auf diese Weise will man eine Aufwertung erreichen, die mindestens 12½ Prozent entspricht. Selbst im günstigsten Falle werden also die Gläubiger der Sparfassen immer noch schlechter behandelt, als alle anderen Gläubigergruppen. Demgegenüber wollte die Sozialdemokratie den Sparfassen so erhebliche Mittel zuführen, daß sie in die Lage gekommen wären, ihre Einlagen mit mindestens 25 Prozent aufzuwerten. Vor allem sollte die Aufwertung des Neubestandes von Anleihen unterbleiben. Dieser Neubestand beträgt bei einem Gesamtanleihebestand von circa 70 Milliarden allein circa 30 Milliarden und befindet sich zum überwiegenden Teil in Händen der Spekulation. Ferner sollten die Inflationsgewinne wirksam besteuert werden. Allein dadurch wären die Sparfassen, ohne jede Gefahr für die Stabilität unserer Währung, in die Lage gesetzt worden, ihren ehrlichen Sparern eine weit höhere Aufwertung zu gewähren.

Anfang September hat der Reichsjustizminister Grunowhage hinsichtlich der Anrechnung von Auszahlungen bei Sparfessenguthaben aufgestellt. Dadurch könnten die Sparfassen die Umrechnung ihrer Spareinlagen in Gold vornehmen; sie sind nunmehr imstande, ungefähr ihre Lage zu überblicken. Das Ergebnis ist, daß von allen Seiten Klagen ertönen, sie hätten nur so viel Mittel, um etwa die Hälfte der auszuwertenden Ansprüche zu erfüllen. In der „Deutschen Sparfassenzeitung“ wird eine Gesamtaufwertung für die deutschen Sparfassen aufgemacht, nach der die deutschen Sparfassen bei einer 12½ prozentigen Aufwertung einen Aufwertungsbeitrag von 1750 Millionen zu zahlen haben. Dieser Verpfändungen stehen aufmerksame Ansprüche in Höhe von etwa einer Milliarde gegenüber. Nach dieser Rechnung ergibt sich somit ein Fehlbetrag von 750 Millionen. Unmittelbar worden die Sparfessengläubiger durch diesen ungeheuerlichen Fehlbetrag nicht berührt, denn für diesen Fehlbetrag hatten die Gemeinden bzw. Gemeindeverbände. Bei der heutigen Lage der Gemeinden und Gemeindeverbände werden sie kaum in der Lage sein, größere Beträge aus den bisherigen Einnahmen zu nehmen. Die Fehlbeträge müssen also durch Steuern, das heißt aus den Mitteln der Allgemeinheit aufgebracht werden. Was also die Sparfessengläubiger von ihren Schuldern, den Sparfassen, erhalten, müssen sie zu einem Teil selbst durch Gemeindesteuern zurückzahlen.

Für die preussischen Sparfassen hat der preussische Finanzminister eine Verordnung zur Durchführung der Aufwertung erlassen. Sie bestimmt, daß ohne Bildung einer Teilungsmasse und ohne Bestellung eines Treuhänders die Aufwertung der Sparfessenguthaben zu einem Einheitsatz von 12½ Prozent des Goldmarkwertes der Sparfessenguthaben zu erfolgen hat. Eine Abweichung von diesem Einheitsatz findet nur statt, wenn eine Markanleihe der hinter der Sparfasse stehenden Gemeinde in der Weise getilgt wird, daß hierbei ein Aufwertungsbeitrag von mehr als 12½ Prozent des Goldwertes der Anleihe erreicht wird. In solchem Fall soll dieser höhere Satz auch für die Aufwertung der Sparfessenguthaben bei der Sparfasse der betreffenden Gemeinde maßgebend sein. Schließlich bestimmt die Verordnung noch, daß, sofern bei 12½ Prozent aufgewertet werden, ein Betrag in Höhe der Hälfte des überschüssigen Beitrages an einen Sparfassenausgleichssatz abzuführen ist, aus dem leistungsschwache Sparfassen bei der Aufbringung des Einheitsatzes zu unterstützen sind. Die beiden letzteren Bestimmungen sind gut gemeint, und es wäre dringend zu wünschen, daß sie recht oft in Wirksamkeit treten. Die Wirklichkeit sieht leider so aus, daß sie oft auf dem Papier stehen bleiben werden. Das ist zu bedauern, denn die Sparfassen bei den deutschen Sparfassen stellen einen nicht unerheblichen Teil des deutschen Volkvermögens dar, und zwar handelt es sich hier um ein Volkvermögen, das nicht von den Vätern ererbt ist und das auch nicht vom Schweiß anderer geschaffen wurde. Es ist zum großen Teil in harter Iron unter Entbehrungen aller Art Markt auf Markt zusammengebracht worden, um in Zeiten der Not oder im Alter einen bescheidenen Rückhalt zu haben und nicht den öffentlichen Unterstützungsfassen zur Last zu fallen. Hier ohne angestrebte Rücksicht auf Großkapital und Großgrundbesitz in der Aufwertung bis an die Grenze des Möglichen zu gehen, wäre selbstverständliche Pflicht der Deutschen nationalen gewesen, die mit ihren Verheißungen auf volle Aufwertung die Hunderttausende von Sparfessengläubigern für ihre Parteizwecke eingefangen haben. Werden nunmehr diese Gläubiger mit einer Aufwertung von höchstens 12½ Prozent abgepeißt, so mögen sie der Tausche eingedenk sein, daß ihnen von ihren deutschen Nationalen „Beschägern“ auch diese minimalen Beträge nur zugestanden wurden, weil sich die Sozialdemokratie rücksichtslos für ihre Interessen eingesetzt hat.

Die Ernte 1925.

Die Erntestatistik (endgültige Schätzungen) gibt die Ernte im Deutschen Reich (ohne Saargebiet) für 1925 wie folgt an:

	1925	1924	1911—1913
	(in 1000 Tonnen)		
Kleingew.	8036	5730	8358
Weizen	3217	2428	3765
Gerste	2599	2400	—
Hafer	5595	5454	7830
Rarissfeln	41 718	36 402	37 262
Zuckerrüben	10 326	10 267	13 633

Für Brotgetreide (Weizen und Weizen) ergibt sich, daß der Durchschnittsernte der Jahre 1911 bis 1913 in Höhe von 13 766 000 Tonnen im Jahre 1924 eine Ernte von 8 274 000 Tonnen und im Jahre 1925 eine Ernte in Höhe von 11 435 000 Tonnen gegenüberstand.

Verlängerung der Mittelstandsrechte.

Das Reichswirtschaftsministerium hat die Preussische Staatsbank (Geldanstalt) erachtet, die sogenannten Mittelstandsrechte (30 Millionen Mark) der Preussischen Zentralbankentlastungsfonds, der Preussischen Bank und dem Preussischen Sparfassenverbandes auf weitere sechs Monate unter den bisherigen rechtlichen Bedingungen zu übertragen. Der Finanzrat betrug bekanntlich 11 Prozent. Eine Ermäßigung ist nicht beabsichtigt. Die Verlängerung der Mittelstandsrechte ist dadurch notwendig geworden, daß die Post in Frage kommenden Summen der Staatsbank für weitere sechs Monate zur Verfügung stellt.

Aus Schlesien.

Strehlen. Feuer durch Silvesterfächer mit Feuerwerkkörpern entzündet in dem Wirtshaus des Dominikus Krappitz. Das Feuer konnte bald durch Hilfe von Arbeitern und Beamten des Gutes bewältigt werden, so daß größeres Unheil verhütet werden konnte.

Strehlen. Der Sporthausbau der „Arbeitsgemeinschaft Leibesübungen“ treibender Vereine geht seiner Vollendung entgegen. Die Räume der Jugendherberge sind inzwischen eingerichtet worden und können in Benutzung genommen werden. Mit der sonstigen Einrichtung hofft man bis Mitte Januar fertig zu werden, so daß dann alsbald das Haus seiner Bestimmung übergeben werden kann.

Brieg. Selbstmordversuch. Einen Selbstmordversuch verübte ein 22-jähriger Sattler, indem er die Gasöhne öffnete. Er wurde bestimmungslos ins Krankenhaus überführt. — Durch Selbstmord löste sich ein Messer ein 71-jähriger Rentempfangener. Der Grund für diese Tat ist ein unheilbares Leiden.

Dangenöls. Aus der Landeskirche ausgespielt sind im letzten Jahre 67 Personen und zwar 34 Männer, 30 Frauen und 3 Kinder.

Zweibrödt. Deutschnationale Hilfe für die Erwerbslosen. Vor einiger Zeit fand in Zweibrödt eine Versammlung der Erwerbslosen statt, in welcher Genosse Karl Frenzel über die Unterstützungsmöglichkeiten der Erwerbslosen sprach. In letzter Stunde setzte plötzlich der hiesige Gemeindevorsteher eine Gemeindevorsteherprüfung an, so daß unser Genosse F. sofort die Gelegenheit benutzte, dem Gemeindevorsteher die Wahrheit zu sagen, über sein rigoroses Verhalten gegenüber den Erwerbslosen. Die Erwerbslosen forderten in einem Antrag von der Gemeindevorsteherung Abgabe von Lebensmitteln und Kohlen oder Geld aus den Mitteln, welche der Gemeinde zur Verfügung stehen. Nach langem Hin und Her wurde man sich dahin einig, daß man an die Bedürftigen Gutscheine auf Margarine und Kohlen ausgab. Es konnte nunmehr die Erwerbslosenversammlung weitergeführt werden und den Erwerbslosen Aufklärung erteilt werden, wie jeder in dieser Beziehung zu seinem Recht kommen kann. Hierfür wurde zur Wahl eines Erwerbslosenrates geschritten. Genosse F. forderte zum Schluß noch auf, der Partei und Gewerkschaft treu zu bleiben und soweit wie nur möglich, für die Verbreitung der „Volkswacht“ Sorge zu tragen, die jeden Erwerbslosen mit den immer und immer wieder neuen Forderungen in der Erwerbslosenfrage vertraut macht. Es wurden auch zehn neue „Volkswacht“-Leser gewonnen. So gehe jeder Parteigenosse in jeder Ortsgruppe an die Arbeit, helfe den Erwerbslosen und agitiere für Partei und Presse!

Görlitz. Ein Garderobendieb suchte seit längerer Zeit die Kleiderräume der Sportler auf dem Schenkenorffplatz heim. Größere und kleinere Geldbeträge, auch Taschengüter, wurden aus den Kleidungsstücken gestohlen. Jetzt endlich ist es gelungen, den Dieb, nachdem er am letzten Sonntag wiederum 30 Mark auf dieselbe Weise gestohlen hatte, festzustellen. — Die Unsitte vieler Kinder, auf abfallender Straße sich auf die Handleitwagen zu hängen oder zu setzen, hatte auf dem Brautwiesensplatz einen Unglücksfall zur Folge. Durch das Herannahen eines vom Bahnhof kommenden Taximeter-Autos wurde ein in einem Leiterwagen sitzender Junge kopfsteu und lenkte quer über die Straße direkt in das Auto hinein. Der Leiterwagen wurde von dem Auto erfasst, der Junge mit großer Gewalt auf das Pflaster geschleudert. Blutende Verletzungen im Gesicht der Kleine erlitten, der sofort in ärztliche Behandlung gebracht wurde. — Wegen Verbrechens wider das leibende Leben wurde in Radmeritz, Kreis Görlitz, der aus Polen stammende circa 50 Jahre alte Friiseur Anton Schorsch verhaftet. Besonders groß war sein Kundenkreis aus der sächsischen Lausitz. Schon einmal ist bei ihm eine Hausdurchsuchung vorgenommen worden, wobei verschiedene Instrumente beschlagnahmt wurden. In den letzten Jahren hat Sch. sein Treiben fortgesetzt und sich dauernd des Verbrechens gegen das leibende Leben schuldig gemacht.

Görlitz. Zwei Pferde vom Starkstrom getötet, der Kutscher schwer verletzt. Als das Fuhrwerk des Dominikumpächters Hanke aus Kosma bei Görlitz auf der Brautwiesensgrube Stadt Görlitz in Mays Kohlen holen wollte, kam es einem herabhängenden Draht der Starkstromleitung zu nahe. Durch den elektrischen Schlag wurden die beiden wertvollen Pferde sofort getötet. Der Kutscher Loebel wurde schwer verletzt und sofort zu dem in Mays wohnenden Arzt gebracht. — Die

Raninchenbischstäble mehrten sich wieder in erschreckender Weise. Es ist wirklich eine Ironie, daß gerade bei den ärmsten Leuten ebenfalls arme Leute einbrechen und in brutaler Weise die lieb gewonnenen Tiere gleich an Ort und Stelle abschlachten. Jetzt sind wieder auf der Rothenburger Straße acht mittelstarke Raninchen geschossen worden.

Selbberg. Aus der Landeskirche ausgetreten sind im letzten Jahre sechs Männer und zwei Frauen. In einem Ort wie Selbberg will das schon etwas heißen. — Brandstifter versuchten mittels Zündschnur reich mit Erntevorräten gefüllte Scheunen in Brand zu stecken. Da die Strohvorräte nicht von der Stichtamme berührt wurden, mißlang der Versuch.

Der Bezirksvorstand der Sozialdemokratischen Partei für Mittelschlesien beruft für

Sonntag, den 14. Februar 1926,

vormittags 10 Uhr,

nach dem Gewerkschaftshaus in Breslau eine

Bezirks-Frauenkonferenz

ein. Die Tagesordnung ist folgende:

1. Die Auswirkungen der Steuer- und Zollpolitik auf den Haushalt. Referentin: Genossin Mathilde Barm, W. d. R., Berlin.
2. Wie gewinnen und schulen wir die Frauen für die Partei? Referentin: Genossin Clara Zils, Eschewitz, Breslau.

Die Ortsgruppen werden gebeten, je ein bis zwei Genossinnen bzw. Genossen als Delegierte zu wählen und die Namen der Gewählten dem Bezirkssekretariat bis zum 25. Januar bestimmt mitzuteilen. Zur Teilnahme eingeladen sind jeweils alle Mitglieder des Bezirksvorstandes, die Reichs- und Landtagsabgeordneten unseres Bezirks, die Parteisekretäre und die in Mittelschlesien gewählten weiblichen Mitglieder des Provinziallandtages.

Die vor uns liegenden politischen Auseinandersetzungen machen uns die Sammlung und Erziehung zu politischer Arbeit all unserer Wählerinnen zur Pflicht. Daneben müssen die bisher gleichgültigen Frauen gewonnen und an uns gebunden werden. Der Bezirksvorstand glaubt gerade durch das vorgesehene erste Referat die Genossinnen stark interessieren zu können.

Die Konferenz muß ein Erfolg und ein Auftakt zu späterer fruchtbarer Arbeit werden.

Der Bezirksvorstand.

Breslauer Produktenbörse.

Ämtliche Notierungen der an der Breslauer Produktenbörse vom 4. Januar 1926 gezahlten Preise in Reichsmark bei sofortiger Bezahlung (nur für Kartoffeln gilt der Erzeugerpreis) ab schließlicher Verabstaltung in vollen Waggonladungen (mit Ausnahme von Futtermitteln, die sich nachstehend in Breslau verkaufen). Tendenz: Brotgetreide: Etwas freundlicher Auswuchszeit, späteres, für Exportzwecke geeignetes Brotgetreide wird höher bezahlt. — Delikatessen: Matt. — Kartoffeln: Geschäftlos. — Mehl: Etwas befristet.

Tägliche ämtliche Notierungen (100 kg) mittlere Art und Güte der letzten Ernte bei sofortiger Bezahlung.

Getreide:	1.	2.	Delikatessen:	1.	2.
Weizen, neuer	21,50	21,20	W. Winterweizen	34,—	—
Roggen	15,00	15,00	Leinamen	36,—	—
Hafer, neuer	15,00	15,00	Senfamen neu	64,—	—
Braugerst. neu	18,00	18,00	Sauflaat	21,—	—
Winter-Gerste	15,50	15,50	Wohn, blau neu	90,—	—

Speise-Kartoffeln (je 50 kg). Rote 1,30, weiße 1,30. Fabrik-Kartoffeln für das Brot Stärkegehalt 0,07.

Ämtliche Notierung für Mühlenenergie (je 100 kg):

	1.	2.	Auszugmehl	1.	2.
Weizenmehl *	34,00	33,50		41,00	41,00
Roggenmehl *	24,00	24,00			

*) Feinere Sorten werden höher bezahlt.

Eingefandt.

Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir diejenigen Zuschriften an unserm Beisehrer, für die wir nur die prägnanteste Verantwortung übernehmen. Die Redaktion.

Die Monarchisten unter dem Rathaus.

Nachdem die „Volkswacht“ sich bereits in einem „Eingefandt“ mit dem republikanischen Treiben im „Reichsweinfelder“ beschäftigt hatte, fand ich das Bedürfnis, am Neujahrstage wieder einmal zum Rechten zu sehen, ob die schwarz-weiß-rote Färbung noch da ist.

Zu meinem Erstaunen mußte ich wahrnehmen, daß sich doch eine um noch eine vermehrt hatte und als Fleck dieses Lichten Lustig flatterte. Aber mein Erstaunen sollte noch größer werden: Am Neujahrstage in einer Röhre sah ein bekannter völkischer Rechtsanwalt mit 10 seiner Getreuen. Dieser Rechtsanwalt, als ehemaliger krammer Kriegsgerichtsrat in der Etappe, kommandierte daß die Wände dröhnten. Kommandos erteilt, die Brüder haben auf und lauten in dem Zeitraum von 3—4 Uhr nachmittags, während welcher Zeit ich mich dort aufhielt mindestens sechsmal das Ehrhardtlied. Nicht nur diese Taktlosigkeit in einem öffentlichen städtischen Lokal, warfen diese Herren auch noch mit provozierenden Redensarten nur so rum.

Was sagt der Defonon dazu, er stand doch dabei, als dieses Ehrhardtlied gesungen wurde?

Berührt über ein solches Treiben, ging ich in den Schweidnitzer Keller in den Musiksaal und setzte mich neben den sogenannten „Marinestammisch“. Ich traute auch hier meinen Augen kaum. Ich war ja gewöhnt, daß auch in diesen heiligen Hallen der Stadt von diesem Tische kein Reichsbannermarsch gesungen wird, daß aber gebuddel wird, daß an dem Schilde des Liches seit ein paar Tagen eine Kaiserkrone angebracht worden ist, dies ist doch sicher ein starkes Stück.

Ich frage hiermit unsere Stadtväter an: Wie lange soll noch geduldet werden daß städtische Lokale als Bräutlein monarchistischer und völkischer Kaufhelden da sind? Gibt es kein Mittel in den Nachverträgen, die Defonomen zu zwingen, einem solchen Treiben ein Ziel zu setzen?

Ein Beweis mehr dafür, wie es die Stadt Hannover mit sehr gutem Erfolg betreibt, nämlich Kommunifizierung aller städtischen Lokale, denn bis jetzt ist noch kein Wächter arm aus so einem Betrieb herausgegangen.

Rästel-Ged.

Rästelprung.

zu	mal	be	der	den	der	den	rei-
eig-	sch	le-	zu	schel-	de	der	wer
ben	weiß	des	zu	ben	weiß	der	ver-
betm	nen	wer	ist		zu	zu	
weiß	des	trag	den	nie-	mag		
frei	er-	wer	trauf	let-	ge-		

Ergänzungsrästel.

den — dienst — e — e — gen — far — la — li — lo — nahe — nat — o — ra — tant — ja — schwib — ih — ta — te — teur —

Vorstehende 20 Silben sind zu 10 dreifüßigen Worten mit gemeinsamer Mittelstille zusammenzustellen.

Auflösung zum Silbenrästel.

Kein Vogel singt, weil du es willst.
1. Kanew, 2. Erie, 3. Izri, 4. Nebel, 5. Bagabund, 6. Olu, 7. Gof, 8. Gros, 9. Leistikow, 10. Galbei, 11. Zgel, 12. Ragel, 13. Gajus, 14. Laburett.

Auflösung zum Versrästel.

„Affe, Kaffee.“

Unser

Inventur-Ausverkauf

Chorinsky & Jacobsohn, Breslau, Reuschestr. 60/61

hat begonnen. Derselbe bietet in allen Abteilungen noch nie dagewesene Vorteile 10071

gegr. 1900

Allgemeiner Deutscher Beamtenbund.

Am Sonnabend, den 2. Januar, abends, erlitt inmitten seiner treuen Pflichterfüllung unser 2. Vorsitzender und allverehrter Kollege, der **Polizei-Assistent**

Paul Burkert

einen Schlaganfall, an dessen Folgen er am selben Abend sanft entschlafen ist.

Wir geben dieses in tiefer Trauer zur Kenntnis.

Provinzialrat **Kalcsien.** **Ernstmann** Breslau.
I. A.: Ruß. I. A.: Fahrmeister.

Beerdigung: Mittwoch, den 3. Januar, nachmittags 2 Uhr, von der Halle I St. Matthias in Oswitz.

Ehret den toten Kämpfer durch das letzte Geleit! 2007

Trauerhüte

bekannt größte Auswahl, billige Preise!
Hulda Siedner
Schneidestraße 15/16, 2. Obergeschoss.

Größtes Breslauer

Frack-Verleih-Institut

Schrad. u. Smoking-Anzüge, Cutaway mit gestreiftem Reifend, Paletots, Jolinder, Klapphüte, Frack-Mäntel 6045

Hermann Rohaupt
am Karstraße 1, 1. Etage (früher Albrechtstraße).

Einigkeit (Mitgl. des Arbeiter-Sängerbundes) sucht einen tüchtigen und erfahrenen Dirigenten. Schriftliche Meldung an den Vorstand. 10093

Blaue Arbeits-Anzüge

schräge oder grade in nur Ia Qualität, Kessel- und Säure-Anzüge
Oskar Dehmel,
Neumarkt 45. 10067

Wohnungen

Biete

2 anstehende Wohnungen, 2 fenstr. Zimmer, Eintr.-Rüche, Kabinett; 2 fenstr. Zimmer, Kabinett.

Suche

2 Zimmer oder 1 Zimmer, helle Küche, Kabinett. 4 Gelbe Wegend Borzug. **Paradiesstr. 33, ptr. 1.**

Parteigenosse sucht teilweise

möbliertes Zimmer

per 1. Februar. Nähe Marienplatz, Freiheitsbräde. Offerten unter St. 257 an die Geschäftsst. d. Ztg. 6

Druckerei Volkswacht

fertigt moderne Druckarbeiten
Breslau 2, Starkestr. 4/6

Kleine Anzeigen

sind komprimiert gesetzte einsp. Anzeig. v. Verkäufen, Kaufgesuchen u. a. nur von Privatlen. Wart 3 Pfg., lett 4 Pfennige.

2 gut erhaltene Holzstühle billig zu verkaufen. Weinstraße 60 im Zigarren-Geschäft. 10064

Wasser-Wagen, ohne Motor, für 9 Wk. und Winterpaletot zu verkaufen. Sauerbrunn 21, 1. Etage, rechts. 1271

Aktuatoren - Gläser, 30 bis 50 Liter Inhalt sowie Prismen - Fernglas, 8 mal vergrößert, gut erhalten, zu kaufen gesucht. Offerten unter St. 256 Geschäftsst. d. Ztg. 6

Vollversammlung der Vertrauensleute der Gewerkschaften und der Betriebsräte

Mittwoch, den 6. Januar, abends 8 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses mit der Tagesordnung:

Parteilosigkeit und Gemeinwirtschaft. — Vortragender: **Dr. Ernst Hamburger.** — Anschließend wird der Großfilm der GGG. vorgeführt.

Eintrittsberechtigt sind nur die Betriebsräte und die Vertrauensleute der Gewerkschaften. — Als Ausweise gelten das Mitgliedsbuch der Gewerkschaft und die Funktionärskarte. Ohne Ausweis kein Zutritt.

Der Vorstand des Ortsausschusses.

Für die Redaktion verantwortlich: Graf Jurek, für die Anzeigen: Max Lohse. — Redaktion: Grundhof 1. — Druck und Verlag der „Volkswacht“ G. m. b. H., sämtlich in Breslau.

Arbeiter-Sportbewegung

Sport des Auslandes.

Körperkultur im Winter.

Von P. S. o. c.

Die tschechischen Arbeiterturner und der Militarismus.

Die Entschleunigung, die auf dem Kongress der tschechischen Arbeiterturnvereine Ende November in Prag gefahrt wurde, besaß im wesentlichen:

Der Verband der tschechisch-slowakischen Arbeiterturnvereine entstand aus der Notwendigkeit, die Arbeiterbewegung zu stärken und dem internationalen Gedanken der Arbeiterklasse zu dienen. Der Verband ist deshalb ein grundsätzlicher Gegner der Kriege und der heutigen Ausbildung der Wehrmacht. Er betrachtet es daher als seine Aufgabe, für die Abschaffung des heutigen Militärsystems und die Errichtung einer Volkswehr einzutreten. Zur Erreichung dieses Zweckes ist notwendig der Aufbau des tschechischen Militärs und der Zahl der zum Militär Einberufenen, der Verminderung der Armeeeinlagen und die Errichtung des tschechischen Militärs, wie es im Geiste der Republik festgelegt ist. Gleichlaufend mit dem Aufbau des tschechischen Militärs sind die Vorarbeiten zu treffen für die Errichtung einer Volksmilitia. Die körperliche Ausbildung der Jugend sollte den Schulen und Vereinen für Leibesübungen übertragen werden. Wir betrachten diese Frage nicht vom Gesichtspunkt nationaler Einstellung, sondern der Förderung körperlicher und geistiger Ausbildung des einzelnen im Sinne der Gemeinschaft aller ohne Unterschied des Standes und der Sprache. Wir verlangen, daß diese Erziehung nicht im Geiste des Militarismus geführt wird. Es darf nicht geschehen, daß im Sinne der Vorkriegszeit die Lehrer im Geiste des Militarismus tätig sind.

Internationale Arbeitsgemeinschaft der Arbeiter-Radio-Verbände.

Auf einer Konferenz der Arbeiter-Radioverbände Deutschlands, Österreichs und der Tschechoslowakei in Prag, wurde die Schaffung einer Arbeitsgemeinschaft der Arbeiter-Radioverbände aller Länder als Grundgedanke zu einer künftigen Arbeiter-Radio-Internationalen beschlossen.

Neues Naturfreundehaus in den österreichischen Alpen.

In den feierlichen Maen, im Zug der Stubai-Expedition, auf dem Steinplan, haben die Naturfreunde ein Naturfreundehaus errichtet, das bereits unter Dach steht und im kommenden Sommer offiziell eröffnet werden soll. Das Haus ermöglicht leicht die Durchquerung des Gebirgskammes von beiden Seiten und macht die Benutzung der Alpenvereinsbahnen überflüssig. Es ist bereits als Stützpunkt verwendbar.

Bundeskongress der elsass-lothringischen Naturfreunde.

Der diesjährige Bundeskongress fand in Straßburg statt. Ein Antrag Kalmars, auf Anschließung an die Wiener Zentrale des tschechischen „Naturfreunde“ wurde zwecks näherer Beratung an den Kalmarer Verein zurückgegeben, um eventuell auf einer besonderen Tagung behandelt zu werden.

Spaltung in der elsässischen F. S. I. — Anschließung an die französische F. S. I.?

Die Bundeskonferenz der elsass-lothringischen Arbeiterturner trat mit einem Mißtrauen. Es kam zur Spaltung, der bisherige Vorstand trat zurück, der mit ihm sympathisierende Teil der Mitglieder verließ den Saal und die Zurückgebliebenen wählten einen neuen Vorstand. Es wurde eine Resolution angenommen, die den ermittelten Willen festsetzt, weiterhin als freie Arbeiterverbände innerhalb der Luzerner Internationale zu wirken. Inzwischen wird über die „Schuldfrage“ in der Presse diskutiert. Die praktische Auswirkung scheint zu sein, daß die Wünsche auf Anschließung an die französische F. S. I. greifbare Gestalt annehmen. Das Pariser Büro der F. S. I. hat bereits Stellung mit dem elsass-lothringischen Arbeiterturnbund genommen.

Teilnahme ausländischer Arbeiterportier an russischen Meisterschaften?

Der Oberste Rat für Körperkultur in Moskau hält die Zulassung ausländischer Arbeiterportier zu den Ausstellungen russischer Meisterschaften für möglich und glaubt, bald entsprechende Richtlinien herausgeben zu können. Bisher waren nur Reichsbürgerliche und Personen, die über ein Jahr in Rußland anständig waren, zugelassen.

Die bisher innerhalb der russischen Arbeiterportierbewegung bestehende technisch-methodische Kommission ist in eine wissenschaftlich-methodische umgewandelt worden. Aufgabe der neuen Kommission ist die Bearbeitung der wissenschaftlich-methodischen Fragen der internationalen Arbeiterportierbewegung.

Russischer Skisport an Weihnachten.

Der Moskauer Rat für Körperkultur veranstaltete an den Weihnachtstagen einen Werbe- und Ski-Sternlauf, der seinen Anfang in den verschiedenen Bezirksstädten hatte und in Moskau endete. Den Laufweg konnte sich jeder selbst wählen. Wer seinen Weg in einer bestimmten Zeit zurückgelegt hatte, erhielt ein Diplom.

Internationale Spiele.

Venier-Brüssel — Fr. L. u. Sp. V. Essen 5:2 (3:1). Bei gutem Wetter kam das Spiel am ersten Weihnachtstages vor ungefähr 1200 Zuschauern zum Ausstrag. Brüssel war die technisch bessere Mannschaft mit vorzüglicher Ballbehandlung und genauem Fußspiel, stets eifrig am Ball und schußfähig. Essen lieferte im Felde gleichfalls ein gutes Spiel, doch war das Fußspiel zu ungenau. Das Spiel war an interessanten Momenten überreich und schickte die Zuschauer bis zuletzt. Beide Mannschaften spielten durch ihr sich anständiges Spielweise. Durch gute Stürmerleistungen gelang es Brüssel, bis zur Pause das Ergebnis auf 3:1 zu stellen. Nach dem Wechsel kam Essen schnell auf und hatte zeitweise mehr vom Spiel, doch verzeilte ungenaues Fußspiel und die sehr gute Brüsseler Hintermannschaft ein besseres Torergebnis der Einheimischen. Der Sieg der Brüsseler Gäste war voll und verdient. — Am Abend fand im Essener Gewerkschaftshaus eine durchaus gut verlaufene Weihnachtsfeier statt.

Fr. L. u. Sp. V. Essen 5:2 (3:1). Am ersten Feiertag trafen die französischen Sportgenossen in Neunkirchen ein und wurden am Bahnhof von den Neunkirchner Sportgenossen herzlich begrüßt. Ein großer Zug, mit der roten Fahne an der Spitze, bewegte sich dann zum Volkshaus, das auch am Abend die Gäste zu einem gemütlichen Beisammensein mit den Einheimischen beehrte. Dem Spiel am Nachmittage wohnten gegen 2000 Zuschauer bei. Nach herzlicher Begrüßung auf dem Platz zogen die Einheimischen nach Spielöffnung gleich vor das Gästetor, und es folgten in kurzen Abständen kritische Momente, so daß die Verteidigung und der Torhüter der Gäste reichlich Arbeit bekommen. Die französischen Sportgenossen finden sich bei dem Schneewetter leicht zusammen. In der 17. Minute erzielt Neunkirchen das erste Tor, dem in der 28. Minute das zweite folgt. Mit 2:0 gehts in die Pause. Nach Wiederanstoß liefen die Einheimischen nach, die Pariser erzielten nach Umstellung der Mannschaft in der 60. Minute das verdiente Torerziel. Der Rest der Spielzeit bringt keine Veränderung mehr, die Pariser leiden am meisten unter den Nachwirkungen der nächtlichen Bahnfahrt. Mit dem Stand 2:1 geht ein fairen Spiel zu Ende. Von der Pariser Mannschaft gebührt dem jugendlichen Torhüter, sowie der Verteidigung und dem Mittelstürmer ein besonderes Lob.

S. G. I. Saarbrücken — S. D. V. Saarbrücken (Schillingheim) 7:1 (abgebrochen). Am zweiten Feiertag trafen sich die beiden Mannschaften in Saarbrücken. Die elsässischen Gäste wurden mit Mühe zum Beisammensein nach dem Spielplatz begleitet. Bei sehr schlechten Bodenverhältnissen begann ein schweres Spiel, bei dem nur mit aller Kraft der Ball zu bewegen war. In kurzen Abständen erzielten die Einheimischen 7 Tore, denen die Gäste nur eins entgegenzusetzen konnten. Nach der Pause mußte der Match nicht mehr zu betreten, so daß der Schiedsrichter das Spiel abbrochen erklärte.

Spiel in der 65. Minute abbrechen mußte. Bessere Bodenverhältnisse hätten zweifellos keine so hohen Verlusten gebracht. — Nach dem Spiel zogen die Mannschaften wieder geschloßen nach dem Vereinshaus, wo am Abend bei einem Beisammensein der Gäste und des internationalen Arbeitersports gefeiert wurde.

Britannia - Solingen — Pantin - Paris 2:2 (1:2). Am dritten Weihnachtstages trafen die Pariser Gäste in Solingen, auch hier herzlich begrüßt. Zum Spiel hatten sich gegen 2500 Personen eingefunden. Beide Mannschaften waren mit großem Eifer bei der Sache. In schönem, ruhigen Spielverlauf ging Paris bis zur Pause mit 2:1 in Führung. Bei gleichwertigen Leistungen gelang den Solingern dann in der zweiten Halbzeit der Ausgleich. Weitere gegenseitige Angriffe bringen nichts mehr ein. Das Unentschieden wird den Leistungen beider Elf gerecht.

„Frisch auf“ - Köln - Köln in Belgien. Die Fußballreise der „Frisch auf“ - Köln - Köln, die sich an einer eindrucksvollen Rundreise für den internationalen Arbeitersport und Völkerverständigung. Gegen die Stadtmannschaft Antwerpen unterlagen die Kölner mit 1:3, gegen Turnhout mit 2:3. Gegen 4000 Personen dürften den beiden Spielen beigewohnt haben. Bei den feierlichen Veranstaltungen zu Ehren der beiden Gäste wurde überall der Friedensgedanke im Arbeitersport gefeiert.

F. C. Köln (Nord) — Pantin (Paris) 7:3 (5:2). Die Pariser Sportgenossen, in deren Besetzung sich Genosse Aurant Pantin befand, trafen am Donnerstagabend in Köln ein. Am Freitag vormittag bereiteten die Kölner Genossen ihren französischen Gästen am Mülheimer Bahnhof einen herzlichen Empfang. Tausende hatten sich eingefunden. Nach einem Begrüßungsdinner der Mülheimer Arbeiterturner trafen die Genossen Mülheim (Köln) und Aurant-Pantin den Gedanken der Völkerverständigung auch durch den Arbeitersport. Ein Demonstrationszug bewegte sich nach dem Empfang durch die Straßen Mülheims. Nachmittags nahm das Spiel vor ungefähr 2000 Zuschauern einen äußerst spannenden Verlauf. Der Rasenplatz war reichlich glatt, doch wurden gute Leistungen gezeig. Der Kölner Meister war in technischer Hinsicht weitgehend besser und beherrschte in der ersten Halbzeit durchweg das Feld. Nach dem Wechsel entfalten die Franzosen einen tieferen Eifer und hatten dadurch zeitweise mehr vom Spiel. Ihr Fußspiel und ihre Schußfähigkeit waren jedoch nicht ausgespragt genug, um alle die vielen Angriffe und Torgelegenheiten erfolgreich abschließen zu lassen. Der Kölner Sturm leistete Überbarrendes, der gefährlichste Torhüter war der Halbrechte. In der französischen Mannschaft ragte der etwas robuste Mittelstürmer und der schnelle Rechtsaußen hervor. Der gute Torwart ist an der hohen Niederlage schuldig. Der Schiedsrichter, Genosse Franz (Neunkirchen), leitete gut. Die Kölner Mannschaft gewann verdient, selbst in dieser Höhe. Sie führte ein präzisches Fuß- und Kombinationspiel vor. Das Spiel lieferte ein präzisches Ergebnis für den internationalen Arbeitersport. — Abends folgte ein feierliches Beisammensein mit sportlichen Einlagen an, die einen vorzüglichen Verlauf nahen.

F. C. S. V. Mannheim (Rheinau) — Gent (Belgien) 2:2 (2:1). Die Gent Mannschaft traf am 1. Feiertag vormittags in Mannheim ein, herzlich begrüßt von den Mannheimern Sportgenossen. Das Spiel am Nachmittage in Rheinau litt sehr unter dem Schneegestöber. Mit großer Ausdauer in Unwissenheit einer ansehnlichen Zuschauerzahl wurde das Spiel dennoch durchgeführt. Nach einer kurzen Begrüßung auf dem Spielplatz legten beide Mannschaften ein äußerst schnelles Tempo vor. Der imponierend schnelle Lauf bringt den Belgiern bereits in der 6. Minute den ersten Erfolg, 1:0. Beide Mannschaften haben reichlich Possen, der beste Bodenverteilten jeden Erfolg. Rheinau gelingt es, nach schönem Zusammenpiel auszugleichen und bald darauf in Führung zu gehen, 2:1 für Rheinau. Ohne Pause werden die Seiten gewechselt. Die Bodenverhältnisse werden immer schwieriger. Der Kampf ist ausgefallen. Belgien erzielt im Endzweck den Ausgleich, 2:2. Das Unentschieden entspricht voll und ganz dem Spielverlauf. Der Schiedsrichter leitete gut. — Am Abend hielt eine Unterhaltung in Rheinau Einheimische und Gäste nach lange zusammen.

U. S. C. Mouscron — C. A. Berjan (Paris) 2:5. F. C. Antwerpen — „Frisch auf“ Köln 3:1 (3:1). Arbeiterportierverein Göttingen (Saar) gegen Straßburg (Schillingheim) 3:7.

Sportmassage.

Das Massieren ist allgemein bekannt als ein Mittel zur Behebung irgendwelcher Krankheiten. Viele unserer Kriegsdienstverletzten haben zur Wiederbelebung ihrer verletzten und nachher verletzten Glieder eine nicht immer in guter Erinnerung stehende Massage über sich ergehen lassen müssen. Diese Krankenmassage in ihrer vielseitigen Anwendung ist eine Lehre für sich und darf nicht verwechselt werden mit der Sportmassage, die man an gesunden Menschen vornimmt.

Die Sportmassage dient der Erhöhung der Leistungsfähigkeit des Sportlers. Sie findet heute Anwendung bei den Sportlern aller Sportarten. Ihren Zweck verfolgt sie nach gewissen anatomischen Grundlagen, die kurz skizziert sein sollen:

Im menschlichen Körper fließt das frische, helle Blut die Aufbaustoffe, die es aus der Nahrung und der eingeatmeten Luft erhält, bis in alle Spalten und Teile. Dagegen fließt das dunkle Blut die verbrauchten Stoffe, namentlich den verarbeiteten Sauerstoff, wieder zurück. Zunächst zum Herzen, von dort aus zur Lunge. Die Lunge atmet den Sauerstoff aus und den frischen Sauerstoff wieder ein. Durch diesen Vorgang ist das Blut einer dauernden Reinigung unterworfen. In der sportlichen Tätigkeit nun, in der der Stoffwechsel in erhöhtem Maße vor sich geht, fließen sich leicht die verbrauchten Stoffe im Blut und somit in den großen und auch kleinen Adern. Diese Stauungen lassen den Muskel hart werden und verurteilen Muskelschmerzen. Dieses Gefühl kennt wohl ein jeder. Wer hätte nicht schon nach einer stundenlangen Wanderung oder einer Radpartie über seine schmerzenden Waden gellacht? — Im natürlichen Blutkreislauf beheben sich mit der Zeit die Schmerzen.

Die Massage kommt nun dem tätigen Herzen, das die Transportarbeit des Blutes zu leisten hat, zu Hilfe. Aus der gesamten Muskulatur, besonders an den stark beanspruchten Gliedern, wird unter sachgemäßen Massagegriffen das Blut herausgedrückt, immer dem Herzen zu. Von dort wird es dann, wie schon beschrieben, weiter befördert zur Reinigung in der Lunge. In der Sportpraxis haben sich nun mit der Zeit verschiedene Anwendungen der Massage ergeben. Man unterscheidet zum Beispiel die Massage vor der sportlichen Leistung und die, die dieser Leistung folgt. Einer Kombination dieser beiden Arten gleicht die Massage in der Rubrik an den Säugern Tagen.

Aus leichten Griffen, wie Streichen und Klopfen, soll die Vorbereitungs- und Nachleistung bestehen. Sie soll die Muskeln leicht anregen und die Nerven beruhigen. Nach der sportlichen Leistung bringt es tiefer zuzufallen. Mit schellen, festen Knet- und Walkgriffen muß die Muskulatur behandelt werden, um die Ermüdungsstoffe schnell herauszulassen. Die Zwischenmassage bewirkt vor allen Dingen, den Muskel gut reich und somit gut durchblutet zu erhalten. Sie wird desfalls auch gründlich durchgeführt, das heißt am besten am ganzen Körper. Man verbindet sie mit passiven Gelenkbewegungen und Widerstandsübungen, die der Elastizität der Gelenke und der Zugfähigkeit der Sehnenbänder sehr zum Vorteil gereichen.

Hat man seinen Partner als Massierer, so kann man sich zur Not auch mit Selbstmassage behelfen. Sie wird aber den Wert einer Behandlung durch den Massierer nicht ersetzen können, weil der Massierer selbst zu aktiv dabei sein muß.

Die Erlernung der Griffe und der Massagearten erfordert viel Übung und Erfahrung. In diesen Bereichen des Arbeitersports und Sportunterrichts werden auch in diesem Winter wieder Massagekurse abgehalten. Diese können zu besuchen, liegt bestimmt im Interesse eines jeden Arbeiters.

Gerade im Winter hat der Mensch eine erhöhte Lebensspanne nötig. Die Jahreszeit bringt es mit sich, daß er sich mehr als im Sommer in geschloßenen Räumen aufhält und so auch mehr von Licht, Luft und Bewegung abgehalten wird. Denken wir nur an die allzu vielen Menschen, die in dieser Zeit eingekerkert sind im Steinmeer der Großstädte, hinter den dünnen Mauern der Schreibruben, in Schwedern und Fabriken, ferer an die Schüler der höheren, Fort- und Fachbildungsschulen, die in der langen Winterszeit die eigentliche Arbeitspanne des Jahres erdulden. Wenn der im Beruf schaffende Mensch, wenn die Schüler nach Hause kommen, ist das Licht der Sonne in der Regel schon verschwunden, so daß es keine heilende, ausdauernde Kraft nicht mehr äußern kann. Manche luden dann vielleicht nach ihre Erholung nach schwerer Arbeit am Abend im Kino, im Klub der Kneipen und anderen fragwürdigen Vergnügungsstätten. Dabei müssen sie in ihren Lebenskräften geschädigt werden, da mühen schließlich auch solche auf der Strecke bleiben, die eine harte Natur besitzen oder die sich im Sommer auf Feld und Weide stärkten.

Hinaus daher auch im Winter! Hinaus mit den aermühten Leibern in die frische, weite Gotteswelt! Draußen sollen und können sie wieder lebensfähig werden. Hinaus mit der müden, abgekämpften Seele! Draußen sollen sie wieder wie Zimmerpflanzen im Freien von neuem aufleben.

Gewiß, der Winter steht der Ausübung mancher Sportes recht hinderlich gegenüber wie zum Beispiel dem Rudern, Segeln, auch dem Radfahren zuweilen. Aber trotzdem bleibt zu guter Leibeslust noch immer genug übrig. Das Turnen kann auch im Winter betrieben werden, die Erfahrung beweist, daß sich wirkliche Sportfreunde auch an Winter-Sonntagmittagen auf den Sportplätzen zu erholen wissen, und besonderes Vergnügen bereiten. Rodeln, Eislaufen, eine fröhliche Schneeballschlacht. Worauf hier ganz besonders hingewiesen sein mag, sind die winterlichen Wanderungen hinaus ins freie Weite. Es braucht hier wahrlich nicht erst dargetan zu werden, daß das Wandern ein Erziehungsmittel für den Leib, die Seele von vielstetiger Bedeutung ist, es soll nur betont werden, daß das Wandern im Winter fast ebenso gut möglich ist wie im Sommer, und daß es in dieser Zeit keine besonderen Vorzüge aufweist. Wie muß der ganze Leib aufleben, wenn er aus der dumpfen Stubenenge kommt, wo er in schwüler, staubiger Atmosphäre nicht einmal wagen durfte, frei aufzuatmen. Draußen aber durchzieht ihn nach weinigen Schritten ein wohliges Wehagen. Die Lungen werden bis in die äußersten Spalten hinein vollgepumpt, eine ergiebige Sauerstoffzufuhr, treibt das verdickte Blut rascher durch die Adern, gebiert den ganzen Menschen dadurch aufs neue. Es ist gerade von Vorteil, daß die niedrige Temperatur des Winters zur freien Bewegung anregt; dadurch wird jedes Glied aus seiner faulen Ruhe gerissen, und die ganze körperliche Maschine wird gelenkt, fräftig und widerstandsfähig. Freilich bedeutet das Wandern im Winter oft eine Hemmung, und es gehört eine gewisse Willenskraft dazu, den Widerständen entgegenzutreten. Aber in diesem Kampf liegt auch ein gewisser Wert. Gerade im Winter machen die Schritte, die wir können dem Walde in der Trüblichkeit der „Türme“ nur aufzukommen, wenn er dem Sturme aufruft: „Schwing mit die Wunden und schwing mit die Kraft. Wo zur Wurzel ihr Fuß und mit der Kraft füllt sich Arm und Brust. Denn ich habe die Zwerggar, ist die sumfuge Luft eingewickelt vor Wetter bewahrt. Wohl und wohl in den Trüblichst hat schon ein Lüftlein sie hingerafft.“

Es soll aber auch nicht übersehen werden, daß Geist, Gemüt und Wille von den winterlichen Wanderungen ganz besonders profitieren. Gerade in diesen Monaten tut es not, auch den jungen Menschen, der Enge der Stuben und Straßen zu entfliehen, die Welt des Alltäglichen, Bedrücklichen, Kleinlichen zu verlassen und die Seele unbefangen und frei den mannigfachen Reizen der Natur hinzugeben. Denn auch die winterliche Natur ist nicht arm an tiefen und feinen Reizen für das empfangfähige Gemüt. Es ist ein ganz eigenartiger Gemüt, hineinzuwandern in die herbliche, zur Ruhe gehende Natur, zu gewahren, wie das grobe Geheimnis sich vollzieht, wie das Wittern, der unendlichen Naturkraft, das ja eigentlich nur ein Ausruhen, ein Ubergang zu neuer Lebenshöhe ist, vor sich geht. Wie herzlich ist es, an einem klaren Wintertage durch die Frostwelt hinauszuweichen! Wie viele Stimmungen werden da ausgelöst, je nachdem die tausend Giediamonten in der Sonne alikern, ob wolkig der Himmel und nebelig die Natur, ob der Sturm die leeren Felder fest und den Wald erschauert oder ob die Winterferne in stiller Nacht einjam auf die schlummernden Auen niederleuchtet. Vielfach mag die sonnenreiche Natur mit ihrer reizvollen Farbenpracht den Sinnen mehr Anregung geben, während die Winterlandschaft mehr durch ihre erhebende Einsamkeit und Einflamkeit zum Gemüte spricht und in der Brust das Gefühl der Ruhe auslöst. Ruhe aber ist es, was der moderne, der abgelebte Mensch oft so bitter nötig braucht. Ruhe für die Nerven nach der Anspannung und Ueberanstrengung der täglichen Arbeit. Wir müssen es jedem wünschen, daß er wenigstens zu Zeiten aus dem Leben der Städte, aus der aermühten Arbeit in die stille Natur hinauskommt, daß das tiefe Ausruhen der Natur auch in die Menschenbrust übergeht und gesunde Kraft und Lebensmut für den kommenden Tag mit seinen neuen Anforderungen schafft. Die Natur ist uns zu allen Zeiten ein unerhöchlicher Brunnen der Kraft, der Freude. Wie viele gibt es, die sie in ihrem Winterkleide vielleicht nie geschaut haben, die nie den schweigenden Wald durchstiegen, nie das weite, flache Land in seinem weißen Schneeflecke betreten. Ihnen allen fehlt etwas von den schönsten und reinsten Reizen, die nur je das Leben den Menschen darböt.

Im deutschen Weien liegt eine tiefe Innerlichkeit, ein eingeborener Hang zum Grübeln und Sinnieren. Diesem Triebe kommt der Winter mit seiner Ruhe, mit den Unbilden des Wetters so recht entgegen. Da vergräbt sich der Deutsche dann gern zwischen seinen müden vier Wänden, er wird zum Stubenmenschen, er genießt die Freuden der Familie, irgend einer Kunst, eines fesselnden Buches, des Grübelns. Das ist an sich auch gut, schafft manchem eine gar köstliche zweite Schöner Welt, aber es führt zur Einseitigkeit und körperlichen Schwächung; der Mensch muß sich daher zu Zeiten von dem Zubauye lösen, und es wird ihm mit am besten gelingen, wenn er hinausgeht und draußen in der freien Natur Leib und Seele gibt, was ihm in diesen Monaten daheim doch nicht werden kann.

Rechte und Pflichten des Schiedsrichters beim Fußballspiel.

Ein alter Schiedsrichter der Arbeiterportierbewegung läßt uns folgenden Artikel mit der Bitte um Veröffentlichung ansehen:

Ein ganz Unparteiischer muß, wie bei allen Spielen, welche auf dem grünen Rasen ausgetragen werden, auch beim Fußballspiel der Schiedsrichter sein. Wenn zwei Parteien sich im friedlichen Fußballspiel gegenüberstehen, dessen Grundregel gleiche Stärke, vornehme Kampfart sowie offener und ehrlicher Angriff ist, dann sollte eigentlich die Ausübung des Schiedsrichteramtes ein leichtes sein. Aber auch unsere Fußballer sind mit allen menschlichen Schwächen behaftet, so daß sie zu ihrem Spiel einen Schiedsrichter brauchen, der sie zur Befolgung der Spielregeln anleitet.

Der Schiedsrichter tritt sein Amt an, berufen und anerkannt von beiden Parteien; alle 22 Spieler haben das Vertrauen zu ihm, daß er sein Amt gänzlich unparteiisch leitet und unterwerfen sich seinen Entscheidungen beinahe ohne Ausnahme. Und verächtlich ist es, wenn Sportgenossen dem Schiedsrichter, dem sie durch freiwillige Anerkennung ihr Vertrauen schenken, in seinem vom besten Willen geleiteten Entscheidungen nicht folgen. Eine Regelauslegung durch den Schiedsrichter mag für den im Fußballspiel erzielenden Spieler falsch erscheinen und nach seiner Ansicht seine Partei benachteiligen, der Schiedsrichter aber ist in diesem Punkte zu entscheiden; nie kann ein Spieler eine Situation richtig beurteilen. Der Spieler konzentriert seine Gedanken ganz auf den Ball und auf die Ausnutzung der blitzschnell wechselnden Momente. Bei der großen Schnelligkeit des Spieles ist es ihm ganz unmöglich, jede Regel genau zu befolgen. Ohne seine Übung wird er manchmal gegenüber verstoßen, er wird oftmals aus dem Spiel, wenn der Schiedsrichter streift. Wenn nun der Schiedsrichter streift gegen ihn entscheidet und er läßt über die Bewegungen nur zu werden, läßt er seine Verantwortung auf dem Rasen, das er entscheiden; nie kann ein Spieler eine Situation richtig beurteilen. Der Spieler konzentriert seine Gedanken ganz auf den Ball und auf die Ausnutzung der blitzschnell wechselnden Momente. Bei der großen Schnelligkeit des Spieles ist es ihm ganz unmöglich, jede Regel genau zu befolgen. Ohne seine Übung wird er manchmal gegenüber verstoßen, er wird oftmals aus dem Spiel, wenn der Schiedsrichter streift. Wenn nun der Schiedsrichter streift gegen ihn entscheidet und er läßt über die Bewegungen nur zu werden, läßt er seine Verantwortung auf dem Rasen, das er

